

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

42 (19.2.1919)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Abzügen od. am Postalter monatl. 1.20 M., 1/2jähr. 3.80 M., bezogen durch unsere Träger 1.30 bzw. 3.90 M.; durch die Post 1.34 M. bzw. 4.02 M.; durch die Fernpost 1.35 M. bzw. 3.90 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags: Geschäftszeit: 1/2 - 1/2 u. 2 - 1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelle ab. deren Raum 25 1/2, zugl. 80 % Zeitungszusch. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmefrist 1/2 Vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Entente-Völkerbund.

Karlsruhe, 19. Februar.

Von Gnaden der Entente ist nun der „Völkerbund“ entstanden. Seine erste Gestalt tritt in einem Dokument hervor, das in 26 Paragraphen die künftige Völkerrechtsordnung zu regeln unternimmt.

Die 26 Bestimmungen dieses Völkerbundesentwurfes können wir mit denselben Gefühlen hinstimmen, wie ein deutscher Soldat die Verkündung der Kriegserklärung. Man hört hier von nichts anderem als von Strafen, von schweren Strafen, von Todesstrafen. So direkt ist allerdings der Völkerbundesentwurf nicht, aber zwischen den Zeilen liest man sehr deutlich die Absicht der Bestrafung und Vernichtung Deutschlands durch die Entente heraus.

Dieses Dokument ist von ganz altem diplomatischem Schrot und Korn. Den Titel Völkerbund führt das Gebilde, welches aus dem vorliegenden Entwurf hervorgehen könnte, ohne jede Berechtigung. Es wäre nichts als eine Koalition der jetzigen Ententevölker mit etwaigen Anhängern. Die Welt würde geteilt in Bündnisgruppen. Direkt wird das natürlich auch nicht gesagt. Aber welchen Sinn könnte der Artikel 7 denn sonst haben? Er bestimmt die Zulassung von Staaten zum Bunde, die nicht Unterzeichner des Pariser Abkommens sind und macht die Aufnahme abhängig von der Einwilligung einer Zweidrittelmehrheit der jetzigen Protokollunterschriften. In demselben Passus werden weitere Bedingungen an die Aufnahme geknüpft. „Nur die Staaten, die sich selbst regieren, können aufgenommen werden.“ Schön. Diner Grundgedanke ist durch den Eintritt Japans in den Bund bereits durchbrochen worden. Denn bei aller Bewunderung vor diesem Volk wird wohl niemand behaupten, daß Japan, das halbkolonialistische Mikadoreich, ein modern regierter Staat ist. Aber das wäre bloß ein Durchbruch des Prinzipes nach der guten Seite hin. Die schlechtere Seite kommt nach. Es kann niemand mit guten Gründen sagen, daß beispielsweise Deutschland kein sich selbst regierender Staat ist. Aber zehn gegen eins ist zu wetten, daß die Säugler Frankreichs und vielerorts auch Englands unsere jetzige republikanische Verfassung als ein unrichtiges Regierungsinstrument, schwach und zwischen Spartaismus und Kaiserismus begehren und die Aufnahme in den Bund sich verweigern werden. Und tritt die Absicht hier halbherzlich hervor, so wirft sie bei dem nächsten Satz alle Schlei ab. „Eine Nation kann nicht aufgenommen werden, die nicht in der Lage ist, wirksame Garantien ihrer loyalen Absichten zu geben, ihre internationalen Verpflichtungen zu erfüllen.“ Man möchte die Nation sehen, welche solche Garantien bieten kann. Aber wir wissen, auf welche Vorsätze das zielt, und wohin das hinaus will. Der berühmte Felsen Papier des Herrn v. Bethmann-Sollweg, Deutschland wird als unzuverlässig erklärt. Die Entente bleibt schon beisammen.

Völkerbund! Bei diesem Wort denkt man doch in allererster Reihe an die Beseitigung von Kriegen. Den Autoren des Entwurfes fällt das nicht im Traum ein. Lang und breit ist vom Kriege die Rede. Vom Kriege, den Völkerbundesangehörige gegeneinander führen, vom Kriege, den Völkerbundesangehörige gegen Außenwelt unternehmen. Freilich werden Forschungen getroffen, um den Ausbruch kriegerischer Vermischungen zu vermeiden. Die Verfasser des Entwurfes denken sich das gewissermaßen in umgekehrter Weise als gewöhnliche Europäer von politischem Kleinformat sich bisher dachten. Kennen diese Sinne nur die Methode: „Si vis pacem para bellum“ (Wisse zum Kriege, wenn du den Frieden willst), wollte man also hier die Vermeidung des Völkerkampfes durch militärische Reformen erörtern, so verdrängen sich die Vorher-Völkerbundesentwerfer die Friedenszwingung von maximalen Rüstungseinschränkungen. Ehrlicher gemeint mag die neue Methode wohl sein, aber eine Friedensgarantie bietet sie ganz und gar nicht. Bleibt es überhaupt beim Rüstern, und sei's auch beim Axteln, Wirtel- oder Halbrißeln, so wird das zum Vollrißeln werden, sobald die Zeit kriegerischer Konflikte gekommen ist.

Nun soll allerdings laut Artikel 9 die Präsenzstärke der Seere durch einen Exekutorat für jeden Staat festgelegt werden. Diese Maßnahme hört sich zuerst sehr verhörend an. Um Gottes willen, nur nicht so viel Militär, daß es einem bedrohenden Charakter haben könnte! Aber gerade die Bestimmung wird aller Wahrscheinlichkeit nach den Konfliktstoff in sich tragen und anwachsen lassen. Es ist möglich, daß die Völkerbundsangehörigen sich darüber einig werden können, welcher Rüstungsspanner dem Reibe des einzelnen Teilnehmers angemessen ist. Hier, im geschlossenen Kreise von Kriegsveteranen 1914/18 können die Wortführer das Stärkemaß der einzelnen Völker vielleicht noch nach Recht und Billigkeit bestimmen. Ohne Differenzen und Verärgelungen, ohne schließliches Nachwort wird es wohl auch da nicht abgehen. Aber Recht und Billigkeit hören von selbst auf, wenn die Bundesmitglieder die militärische Präsenzstärke der aufkonstehenden Staaten festlegen werden. Das wird nichts als eine nachträgliche verstärkte Friedensbestimmung sein, mit der die Entente die Wehrlosigkeit Deutschlands und anderer ihr verdächtiger Staaten vollends besiegeln will.

Bei dieser Bestimmung tritt klar zutage, daß der geplante „Völkerbund“ sogar etwas Schlimmeres ist, als die bisherige Staatenkoalition. Unter der alten Allianzkonjunktur haben die einzelnen Staaten ihre Innenpolitik nach eigenem Belieben getrieben. Wie der nicht koalitierte Nachbar, wie der rivalisierende Staat sich einrichtete, das war eine Sache, auf die der Unbeteiligte wohl nicht gab, in die er sich aber nicht einmischte. Jetzt kann das laut Artikel 8 und 18 des Entwurfes anders werden. Der erste Spruch prinzipiell die Notwendigkeit der Rüstungseinschränkung aus, der zweite erteilt dem Bund die Berechtigung, die „allgemeine Kontrolle über Waffen und Munition in den Ländern zu übertragen, wo diese Kontrolle im allgemeinen Interesse als nötig erachtet wird“. Das heißt, jetzt wird die siegreiche Entente kraft Völkerbundesrecht bestimmen, wieviel Regimenter und Schiffe Deutschland haben und wofür sie sind, und sie wird es sich herausnehmen, Kontrolle zu üben, ob ihre Unterdrückungsbestimmungen streng eingehalten werden. Das skandinavische Krümmersystem, welches vor hundertundzwei Jahren Krönung zum Krieg gegen Napoleon I. ergab, dieses System, welches darin bestand, den nach oben begrenzten Mannschafbestand möglichst rasch auszubilden und dann durch seinen Nachfolger abzuwecken zu lassen, wird jetzt z. B. nicht mehr möglich sein. Wir sollen abgebaut werden und geteilt bleiben. Im Interesse des Friedens natürlich, den freilich die Völkerbündler der Entente zu erhalten wünschen, aber im Stärkeverhältnis des Herrn zum Knecht, des Kapitalisten zum Proletariat.

Dieses erkennliche Produkt, das sich als Völkerbundesentwurf nennt und in 26 Paragraphen nichts als den Willen zum Weltmachtbesitz der siegreichen Entente festsetzt, beweist nur das Eine mit absoluter Sicherheit: die Autoren dieses Madwerks haben das eigentliche Problem gar nicht begriffen oder sie haben es nicht ernsthaft in Behandlung nehmen wollen. Völkerbund! Der hat doch vor allen Dingen den Zweck, Arzenei aus der Welt zu schaffen um das zu erwirken, was es nötig gewesen, die Ursachen der Kriegsbewusstseinshebung ihrer ganzen Reihe nach zu erforschen und Maßnahmen zu treffen, um deren Eintritt zu verhindern. Das nennt man prophylaktisches (vorbeugendes) Vorgehen. Wir wissen doch alle, welchen Segen die Prophylaxis gebracht hat. Der Mediziner früher ließ die Krankheit ruhig ausbrechen und machte sich erst dann daran, die Patienten zu heilen. Heute handelt er die Krankheitsursachen und sorgt dafür, daß diese nicht erst den Ausbruch der Krankheit veranlassen. Die Heilpflege legte früher allen Wert auf die Bekämpfung des Geheißübertritters, heute sucht der Geheißüberträger die Ursachen des Nachschlages zu ermitteln und dafür zu sorgen, daß die Menschen nicht erst krank zu werden brauchen. Der Wada-og dachte früher, nur ruhig alle Unarten des Jünglings hervorbrechen lassen und dann darauf losgehauen, was Budel und Köten des jugendlichen Frevlers vorhaten. Heute weiß er aus, es ist völlig verfehrt, der Neigung zur Ungezogenheit nachzugeben. Die Erziehung muß dem Gang dazu gleich von vornherein Einhalt tun. Nur auf diese prophylaktische Art ist das Völkerbundesproblem des ewigen Friedens zu lösen. Die Ursachen kriegerischer Konflikte kennen wir so ziemlich: Imperialismus, Chauvinismus, militärische Vorherrschaft, Kapitalismus, Rassenhaß und vielfach noch andere Momente von zweitrangiger Bedeutung. Diesen Infektionsherden gilt es unendlich zu machen. Da aber zeigt sich gleich der Haken. Die kapitalistischen Bourgeoisiedemokratien Frankreichs, Englands und Amerikas sollen dem Kapitalismus selbst zu Leibe gehen, mindestens so weit, daß er aufhört, kriegerische Spannungen zu verursachen. Das ist viel verlangt, zu viel von Clemenceau und Konforten. Mit dem Chauvinismus, dem Imperialismus und dem Militarismus ist Frankreich, teilweise auch England ebenfalls behaftet. So wurde der Völk wieder einmal zum Gärtner gemacht und so kam ein Völkerbundesentwurf heraus, der schlechweg das Programm für einen ewigen Völkerzerstörungsbund mit ewigem Unfrieden proklamiert.

Und Wilson? Viele werden ihn jetzt ebenfalls für einen „Diplomaten alten Stils“, um nicht Geuchler zu lazen, halten. Das ist er ganz gewiß nicht. Im Kampf mit Clemenceau und George hat er einmütigen den Kürzeren gezogen. Noch ist kein Grund zu verweisen. Wilson ist ein Mann von langem politischem Atem, von geheimer amerikanischer Bähigkeit. In den französischen und englischen Staatsmännern hat er schlechte Bundesgenossen. Er wird bessere haben in den Mönnern, die auf der Berner Konferenz waren. Eine gute Dosis Sozialismus und das Problem des Völkerbundes wird gelöst werden. O-n.

Der neue Waffenstillstandsvertrag.

WV. Paris, 18. Febr. Marschall Foch referierte am Montag den Vertretern der Großmächte über die Annahme des Waffenstillstandsvertrags durch Deutschland. Zu dem Waffenstillstandsabkommen sei zu bemerken, daß es sich dabei nur um eine vorläufige Annahme handle. In den nächsten Tagen werde ein definitiver Waffenstillstandsvertrag vorgelegt werden, der bis zum Abschluß des Präliminarfriedens Geltung haben solle. Deutschland werde danach nur eine Militärmacht von 25 000 Mann zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung besitzen dürfen. Alle Kriegsgüter sollen mit den Kriegsinstrumenten der Entente unterstellt werden. Die Sonderkommission hat ihre Arbeiten für diesen

Antrag beendet und das Ergebnis wird den Vertretern der Großmächte demnächst vorgelegt werden. Es sei möglich, daß sie in der Lage sein werde, die Bedingungen der deutschen Delegation am nächsten Donnerstag bekannt zu geben.

WV. London, 18. Febr. Havas. Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt sagte, daß die Kosten für den Unterhalt der alliierten Armee in den besetzten Gebieten gemäß den Bedingungen des Waffenstillstandes zu entrichten sind. Die alliierten Regierungen sind gegenwärtig gemeinsam bei der Aufstellung der Kosten.

WV. Bern, 18. Febr. Der internationale Frauenkongress in Bern sandte an die Pariser Konferenz die telegraphische Bitte, die Blockade sofort aufzuheben, weil bei Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes Anarchie erzeugt werde und den Grundrissen von Freiheit und Frieden widerspreche, für die der Krieg, wie überall erklärt worden sei, geführt worden sei.

WV. Bern, 18. Febr. „New York Times“ berichtet, daß die amerikanische Delegation entrüstet sei wegen der intensiven Propaganda der Franzosen, die zum Ziele habe, den Friedensschluß zu verzögern. Die amerikanische Delegation wolle deshalb vorschlagen, die Friedenskonferenz nach einem Orte außerhalb Frankreichs zu verlegen. Es handle sich nicht um eine kollektive Stimme, sondern um ein Kongress der Presse. Auch „Washington Post“ spricht von einer Konstruktionspolitik der französischen Presse.

Auch Obstbäume muß Deutschland abgeben.

Berlin, 18. Febr. Einer Meldung des „Berl. Lokalan.“ zufolge, bestellten französische und englische Offiziere bei hiesigen Baumzüchtern Obstbäume für das Sommer-Gebiet auf deutsche Rechnung, damit die Deutschen die dort gerodeten Obstplantagen wieder ersetzen. So hat ein Baumzüchter 1500 Obstbäume zu liefern. Sachsen und Thüringen sollen zusammen 35 000 Obstbäume abgeben.

Spartakusuntrieb.

Berlin, 18. Febr. Aus Gotha wird mitgeteilt: Gestern früh leistete eine Abteilung des Weimarer Landjägerkorps die Post, den Bahnhof und das Kreisgericht, den Sitz der aus Unabhingigen bestehenden Regierung. In der vorübergehenden besetzten Gothaer Waggonfabrik wurde ein Arbeiter getötet und einer verwundet. Bei der Post wurden mehrere Soldaten der bisherigen Garnison verwundet. In den Fabriken und in den Elektrizitätswerken wird gestreikt. Der Straßenbahnverkehr ruht.

WV. Berlin, 19. Febr. Zum Kommunistenstreik im Ruhrgebiet wird dem „Berl. Lokalan.“ gemeldet: Die Mehrheitsparteien und sämtliche Gewerkschaften, wenden sich mit aller Schärfe gegen den ihnen aufgebrachten Generallstreik und fordern zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Es wird angebahnt, den Generallstreik vom Rheinlande aus bis ins Herz Deutschlands zu tragen und den Schlupfamt zwischen Arbeitern und Kapital endgültig auszukämpfen. Der „Berl. Morgenpost“ zufolge nahm die Zahl der Streikenden in den letzten 24 Stunden ganz bedeutend zu. Gestern Morgen ruhte die Arbeit auf nicht weniger als 63 Stachlanlagen.

Der „Vorwärts“ schreibt: Die neuauflammende Bewegung ist unabweislich sozialistischer Natur. Im Hintergrund arbeiten Spartakisten und Unabhingige. Das ganze Rheinindustrialgebiet befindet sich in nervöser Unruhe. Die Kohlenproduktion hat fast ganz aufgehört. Die Ententetruppen stehen in charakter der Galtung und sind bereit zum Einmarsch. Die Haupttreiber scheinen es geradezu auf die Besetzung des Ruhrgebietes abgesehen zu haben. Die große Gefahr, die unserem Wirtschaftsleben durch den erzwungenen Streik droht, hat die Regierung veranlaßt, Truppen zusammenzuschieben, um den Fortgang der Betriebe im Kohlenrevier zu sichern.

WV. Elberfeld, 19. Febr. Die Eisenbahndirektion wurde von den Spartakisten gestört und besetzt.

Das Wahleresultat in Oesterreich.

WV. Wien, 18. Febr. Korrespondenz. Von den 255 Mandaten der deutsch-österreichischen Nationalversammlung gelangten gestern 162 zur Besetzung. Die übrigen Mandate konnten infolge der Besetzung gewisser Gebiete Deutschösterreichs und der Tschekoslawakei von den Italienern nicht besetzt werden. Gewählt wurden nun in Niederösterreich 47 Sozialdemokraten, 27 Christlichsozialisten, 8 Deutschnationale, 1 bürgerlicher Demokrat, 1 jüdisch-nationaler und 1 Tschekoslawake, in Oberösterreich 5 Sozialdemokraten, 11 Christlichsozialisten, 2 Deutschnationale, 4 Freiheits- und Ordnungspartei, in Salzburg 2 Sozialdemokraten, 3 Christlichnationalen, 2 Deutschnationalen, in Steiermark 9 Sozialdemokraten, 16 Christlichsozialisten und österreichischer Bauernbund, 2 Deutschnationalen, in Kärnten 4 Sozialdemokraten, 2 Christlichsozialisten, 1 Deutschnationaler, 2 Kärntner Bauernbund, in Vorarlberg 1 Sozialdemokrat und 3 Christlichsozialisten. Im Ganzen sind gewählt 70 Sozialdemokraten, 67 Christlichsozialisten, 28 Deutschnationalen, 1 jüdisch-nationaler und 1 Tschekoslawake.

Seite 4.
en!
Uhr
fahren.
er, Techniker.
40 hat den
in abhan
bush Lit
Einlage von
zwischen durch
wachsen auf
ir kraftlos zu
s genannten
aufgefordert,
3 Monats bei
bush Lit
Stelle bove
Anwände
übertragenfalls
ig des Buches
1204
1. Febr. 1919.
Kassensamt.
ung.
Mittelberg in
et aus den
1265
Febr. 1919
der Mühle in
der Abstat-
en, 600 Dag-
Baumfäbrik.
1. bis 4. d. L.
1000 Wollens-
en 1. an
bt. 6 und 7
der Steige
uenals (Ant.
i Bannengelb
n=
oefen
70 Pfg.
herer
Sittalen.
frau
für morgen
Vorstellen
1251
raße 142.
adher
einer Maß-
nung und Fleck-
ung.
he 51, L.
nen,
Bithern
ang: laut in
Verkaufs-
366
el. 3747.
?

Deutsche Nationalversammlung. Besprechung der Waffenstillstandsbedingungen.

Weimar, 18. Februar.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr. Protokolltelegramme gegen die Demarkationslinie sind eingegangen aus Bromberg, Birnbaum und Bentschen. Ein Telegramm eines Berliner Herrn wendet sich mit scharfen Worten gegen den Vergnügungsvöbel und fordert die Einführung von Landestrakter und das Verbot öffentlicher Tanzlustbarkeiten. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Böcher (Deutsche Sp.) begründet die Interpellation Heinze über den Waffenstillstand. Mit grausamer Sicherheit weiß der Feind die Punkte zu wählen und zu treffen, die uns dem Ruin entgegenführen müssen. Große Kreise der Industrie, des Handels, der Schiffahrt und des Gewerbes haben längst gewußt, daß die Wilsonschen Bedingungen doch vielleicht nur gestellt worden sind, um uns zuerst zum Waffenstillstand zu bringen und dann zu verewaltigen. Böcher wirft Erzberger vor, daß er die Verhandlungen über die Ablieferung des Eisenbahnmaterials und der landwirtschaftlichen Maschinen geführt habe, ohne daß bei den Verhandlungen in Spaa, Trier und Luxemburg Sachverständige der Kohlen- und Eisenindustrie, die doch in erster Linie dabei interessiert sind, zugezogen wurden. Die neuen Abmachungen, die vielleicht angenommen werden müssen, sind das Schlüsselstück in der Kette, die der Reichsminister in den monatelangen Verhandlungen um das deutsche Volk gelegt hat, der Kette, die das deutsche Volk erwürgen wird. (Lärm im Zentrum: Unerhör! Unerhör!) Wenn heute ganz Deutschland unter einer gewaltigen Kohlennot leidet, so ist das nicht die Folge der wilden Streiks, sondern in erster Linie davon, daß die Erzeugung nicht dem Verbrauch zugeführt werden kann. Wir haben nicht nur den Krieg verloren, sondern auch den Frieden. Gegen Sie, Herr Reichsminister, erheben wir schwere Vorwürfe. Die nächsten Ausführungen gehen unter in lärmenden Kundgebungen des Zentrums, aus dessen Reihen fortgesetzt gerufen wird: Unerhör! Unerhör! Unerhör! Abg. Heinze ruft: Das ist in neuen Deutschland die Redefreiheit, worauf sich die Sturmigen wiederholen.

Nach minutenlangem Lärm erklärte Präsident Fehrenbach, daß die persönlichen Angriffe des Redners den Entrüstungsturm entfesselt haben und bittet das Haus, die übrigen Ausführungen ruhig anzuhören.

Dr. Böcher fortfahrend: Wie ist es möglich, daß dem deutschen Volk, das einen Wilsonfrieden erwartet, jetzt ein solcher Waffenstillstand auferlegt wird? Wenn wir nicht zu einem Frieden kommen sollen, dann müssen wir den weiteren Verhandlungen die besten Kräfte als Sachverständige hinzugezogen werden.

Reichsminister Erzberger: Die Rede des Interpellanten hätte sich an Marschall Foch richten müssen. Die Begründung erfolgte mit einer Oberflächlichkeit und Leichterfertigkeit, wie ich sie bisher nicht kennen gelernt habe. Anklagen schwerster Art wurden auf völlig unkenntnis und einer unerhörten Verschönerung der wirklichen Vorgänge aufgebaut. Angesichts der Tatsache, daß gerade die Gruppe der heutigen Interpellanten mit ihrer Politik den Niedergang unseres Volkes herbeigeführt hat, ist es wirklich ein starkes Stück, wenn ein Vertreter der Gruppe Sinnes es wagt, in der Nationalversammlung von der Schuld eines Ministers zu sprechen, der für den Frieden der Versöhnung eingetreten ist. (Stürmische Zustimmung bei der Mehrheit.) Der Vorredner wagt den dreisten Satz, ich hätte niemals Sachverständige gehört. Meine ganze amtliche Tätigkeit war, daß ich Tag für Tag Sachverständige gehört habe. Eine Denkschrift über die bisherigen Verhandlungen der Waffenstillstandskommission ist nahezu fertig und wird dem Hause zugehen. Die Verantwortung für alle Verträge aber trage ich die Verantwortung vor der Nationalversammlung. Ob durch solche Reden die Stellung der deutschen Unterhändler erschwert wird, stelle ich Ihrem Urteil anheim. Herr Dr. Böcher stellt sich auf den Boden der demotokratischen Standpunkte. Kritizieren ist leicht, Befehlsmächtig ist schwer. Zu den Verhandlungen in Spaa war Herr Dugo Sinnes entsandt worden. Ich habe seine Abberufung durchgesetzt und ich vertrete sie, weil ich unseren Feinden als Sachverständigen nicht einen Herrn anbieten konnte, der an der Ausbeutung Belgiens hervorragend beteiligt gewesen ist und der vor allen Dingen die haupttreibende Kraft gewesen ist bei der Verschleppung der belgischen Arbeitslosen, die so ungeheuer viel böses Blut gemacht hat. Der Verein der deutschen Stahlindustriellen hatte darauf erklärt: Wenn Dugo Sinnes nicht in Luxemburg als Sachverständiger zugezogen wird, entsendet der Verein überhaupt keinen Sachverständigen. (Bewegung und Rufe.) Unter solchen Terrorismus suchen Sie (zu Dr. Böcher gewandt) die Regierung zu setzen, oder ich kann Ihnen sagen: Ihre Herrschaft ist vorbei! (Stürmischer Beifall.) Um unser Volk über die schwerste Zeit bis zur neuen Ernte hinwegzuführen, müssen einmal unsere Arbeiter das Ihre tun, um Waren für die Ausfuhr zu schaf-

fen, und da müssen die Kapitalisten ihre fremden Werte dem deutschen Reich zur Verfügung stellen, und zwar in einem solchen Umfang, daß wir vor dem Hungerstich vor der Ernte gerettet sind. Nur eine kurze Frist ist uns noch gestellt, die Finanzierung der Lebensmittel sicherzustellen. Wenn der Appell der Regierung keine Wirkung hat, muß sich die Regierung vorbehalten, Zwangsmaßnahmen zu ergreifen. Jeder Deutsche muß sich klar sein, daß er sein Privatkapital nur retten kann, wenn er es in den Dienst der Gesamtheit stellt. Wir haben gegenüber dem Drängen der Alliierten erreicht, daß die Handelsflotte nicht eher auslaufen braucht, als Uebereinstimmung über die Ernährungs- und Finanzfragen herrscht. Wenn diese Uebereinstimmung aber nicht bald, vielleicht in 14 Tagen, erzielt wird, dann laufen wir die große Gefahr, kein Lebensmittel zu kriegen und die Flotte schließlich doch los zu werden. Der Abgeordnete Böcher hat in seiner Rede immer noch die nicht ganz unwichtige Tatsache vergessen, daß wir den Krieg verloren haben, sonst hätte er eine solche Rede nicht halten können. Vom deutschen Volk hängt es ab, ob es wieder aufwärts kommen soll. Ich habe das Vertrauen zu unserem Volke, daß es sich wieder aufrichten wird. Ich glaube an unser Volk wie an seine Zukunft. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit, Fischen rechts.)

Abg. Müller-Breslau (Soz.): Soweit die Interpellation die vermehrte Zuziehung von Sachverständigen fordert, unterstützen wir sie, aber das Reichsministerium muß bei ihrer Auswahl äußerst vorsichtig vorgehen. Wir haben die schwersten Waffenstillstandsbedingungen auf uns nehmen müssen, weil wir eben dem Diktat des Siegers unterliegen. Wir müssen in allen unseren Worten und Taten der Welt zeigen, daß man es wirklich mit einem neuen Deutschland zu tun hat, wenn uns der versprochene Friedensfrieden nicht gewährt, wenn uns der Gewaltfrieden aufgezwungen wird, so handelt es sich dabei nicht um Deutschland allein, es handelt sich dann um den Untergang der ganzen europäischen Kultur.

Abg. Gröber (Zentr.): Von den Behauptungen des Interpellanten ist so gut wie nichts übrig geblieben. Wir freuen uns, in unserer Mitte ein Mitglied wie Herrn Erzberger zu haben, der mit so außerordentlicher Bescheidenheit und so richtigem Fleiß für das Vaterland leidet, was kein anderer zu leisten imstande gewesen wäre. Das Vaterland ruft uns alle in heftiger Not zur Gewisheit. Wir im Zentrum sind bereit, diese Eingabe zu wahren und deshalb werden wir den Angriff auf Erzberger als durchaus ungerechtfertigt mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

Abg. Kaufmann (Dem.): Wir verstehen es, daß der Außenminister deimal sich beunruhigen hat, ehe er die neuen Zumutungen übernimmt, aber die Verantwortung für die Ablehnung wäre noch größer gewesen. Die Interpellanten haben ja auch das Abkommen nicht angegriffen, als vielmehr den Unterhändler, der es abgeschlossen hat, das heißt, unserem Unterhändler in den Rücken fallen, wo alles darauf ankommen muß, seine Stellung zu stärken. Der Angriff der Rechten ist völlig zusammengebrochen. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. v. Graefe (Deutsche Natl.): Graf Potjomkin hat treffend nachgewiesen, daß die Bezeichnung „Waffenstillstand“ geradezu ein Diktat ist für den Zustand der tatsächlichen Unterwerfung, die damit gemeint ist. Wesentlich ist es, daß der Vertreter der Regierung getrennt die Waffenstillstandsbedingungen in einem Tone vortrug, in dem nichts zu merken war von dem Joren, der das ganze Volk durchdringt. Wir lehnen jedenfalls die Verantwortung für das neue Abkommen ab. Ministerpräsident Scheidemann hat doch gesagt, daß der Tag kommen könnte, wo wir nein sagen müssen, worauf wartet man noch?

Ministerpräsident Scheidemann: Daß ich gesagt haben soll, es würde der Augenblick kommen, wo wir nein sagen müßten, mag sein, denn es entspricht ganz meiner Auffassung, aber dieser entspricht es auch ebenso vollkommen, daß wir in diesen Tagen zu den Bedingungen, so schwer sie waren und so schwer es unsern Unterhändlern angekommen sein muß, sie zu unterzeichnen, die Verantwortung für ein Nein nicht übernehmen konnten. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Ich erlaube mir eine Pflicht der Loyalität, wenn ich feststelle, daß Sie der Politik des Prinz von Max von Baden Unrecht tun, wenn Sie ihn nur im geringsten für sich in Anspruch nehmen wollen. Er gehörte schon vor dem Krieg zu der kleinen Gruppe von Diplomaten, die für einen Verständigungsfrieden waren. Glauben Sie (zu Herrn von Graefe gewandt): Sie hätten bessere Bedingungen herausgeholt. Wären Sie zu sich gekommen, Sie wären einfach zum Teufel gejagt worden. Ihre Rolle ist ausgepielt. Die Demokratie ist jetzt herantreten in Deutschland, daß Ihre Zeit endgültig vorbei ist. (Beifall links.)

Reichsminister Erzberger (zur Rechten gewandt): Sie haben hier kein Recht, Anklagen zu erheben, denn Sie sind die Schuldigen, die das deutsche Volk ins Unglück hineingeführt haben. Unerhör ist es, wenn Herr v. Graefe hier auftritt und unsere Feinde erhebt aufzuwecken, uns die Handelsflotte wegzunehmen, indem er sagt: „Er hält das für ganz selbstverständlich.“ Dieser Satz wird unsern Unterhändlern als aus der Nationalversammlung stammend entgegengehalten werden. Die Härte der Bedingungen

berurteile ich ebenso streng wie Sie, aber ich behaupte, über die 14 Wilsonschen Punkte ist damit nicht hinausgegangen worden, und was hätten wir erreicht, wenn wir nicht unterzeichnet hätten, dann hätte Clemenceau triumphiert, denn damit wäre die ihm lästige Tatsache der 14 Punkte Wilsons mit einem Schlag beseitigt worden, und zwar durch unsere Schuld. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Stresemann (D.N.): Der Kern der Interpellation ist nicht: Weg mit Erzberger, sondern bloß Unterzeichnung des Vorliegenden der Waffenstillstandskommission unter das Auswärtige Amt.

Reichsminister Dr. Davib: Das Schlimmste an der heutigen Interpellation ist, daß sie von den Männern aufgeht, die die Schuld an unserm ganzen Jammer trifft. Wenn draußen der Einbruch erwartet würde, daß Sie (zur Rechten) noch einen maßgebenden Einfluß haben, so könnte uns das in der Weltgeschichte außerordentlich schaden.

Damit schließt die Besprechung. Schluß der Sitzung 1/3 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch nachmittag 3 Uhr.

Ausland.

Die Schiffsverluste der kriegsführenden Staaten.

BR. Paris, 17. Febr. Agence Havas: Der „Matin“ veröffentlicht die amtlichen Zahlen der Verluste, die die französische Marine im Laufe des Krieges erlitten hat. Die Verluste umfassen: 4 Panzerkreuzer, 4 Kreuzer, 1 U-Boot, 14 Torpedobootzerstörer, 14 U-Boote, 8 Torpedobootzerstörer, 14 U-Boote, 15 Zerstörer, 4 Minenboote, 62 gegen U-Boote bewaffnete Fischerfahrzeuge, 1 Sloop, 4 Beobachtungsschiffe, 8 Bootjäger, zusammen 110 000 T.M.T. England hat 155 000, Italien 76 000 Tonnen, die Vereinigten Staaten 17 500 Tonnen, Deutschland 350 000 und Oesterreich 75 000 Tonnen eingebüßt.

Die Lage in Spanien.

BR. Madrid, 18. Febr. Die Lage in Granada ver- schlechert sich. Die Manifestanten besetzen die Büros der Zeitung „Defensa Granada“. Der Belagerungszustand wurde verhängt. Die Studenten von Madrid bleiben von den Kollegien fern, indem sie gegen die Ereignisse in Granada protestieren.

Deutsches Reich.

Die neue sächsische Verfassung. — Ein Staatspräsident.

Am Freitag nachmittag hat das Gesamtministerium dem Entwurf des provisorischen Grundgesetzes für die künftige Verfassung für den Freistaat Sachsen verabschiedet. Nach den Mitteilungen des Ministerialdirektors Dr. Schmidt in einer im Ministerium des Innern stattgefundenen Pressekonferenz enthält der Entwurf drei Abschnitte: Volkskammer, Staatspräsident und Gesamtministerium. Das Gesamtministerium schlägt der Volkskammer vor, einen Staatspräsidenten zu wählen. Dieser beruft das Ministerium, das das Vertrauen der Volkskammer haben muß.

Soldatenwahlen.

Was so oft während des Krieges vorgefallen wurde, kommt so eben einer dem andern in der Politik wieder, das hat nun ganz am Ende des Krieges doch stattgefunden: eine politische Abstimmung des Heeres. Freilich hat nur ein Bruchteil der früheren Armees, die Ostfront, und auch von dieser nur ein Teil gewählt, aber das Ergebnis ist doch in jeder Beziehung lehrreich. Wie haben die Alldeutschen früher geäußert: „Die ganze Front steht hinter uns, wartet nur, wenn die Frontsoldaten heimkommen, die werden es auch begehren.“ — Jetzt liegen Zahlen vor: von rund 18 000 abgegebenen Stimmen haben die Deutschnationalen erhalten — 62. Dagegen erhielt die sozialdemokratische Partei 7804 Stimmen und beide Mandate. Die Unabklingigen brachten es nur auf 1945, die bürgerlichen Demokraten auf 1681 Stimmen, eine parteilose Liste auf 1889. Das Abstimmungsergebnis gibt nicht nur Aufschluß über die wirkliche Stimmung im Heere, sie verhilft auch der sozialdemokratischen Fraktion in der Nationalversammlung einen Zuwachs von zwei weiteren Sitzen, so daß diese jetzt 165 Mandate zählt.

Sozialdemokratische Unterstaatssekretäre. Von sozialdemokratischer Seite treten als Unterstaatssekretäre ebenfalls in die Regierung ein: Dr. Quord in Reichsamt des Innern und Laubadel in Reichspostamt. Ueber die sozialdemokratischen Unterstaatssekretäre für das Auswärtige Amt und Reichsjustizamt ist noch nichts bestimmt.

Das verlassene Dorf.

Roman aus dem 30jährigen Kriege von Friedrich Thiem. 22. (Nachdruck verboten.)

„Denkst Ihr?“ fragte die Aufwärtlerin nach.
„Glaubst nur, Mamzell Susanne, sie kommt bei dem Lollen in eine gute Schule. Not leiden wird sie bei ihm freilich nicht, aber im übrigen mag sie sich jeden Morgen Gott bescheiden. Da gibts mehr Schlüge wie Wissen. Ich habe dabei gestanden, wie er seine gegenwärtige Frau mit einem einzigen Faustschlag zu Boden streckte. Sie war auf einige Stunden ohnmächtig, dann kam sie wieder zu sich und es hat ihr merkwürdigerweise gar nichts geschadet, nur etwas verwirrt ist sie seitdem manchmal.“

Die Männer unterhielten sich voll Eifer über die Frage, wem das Eigentumsrecht auf die schöne Gefangene eigentlich zustehe; ob in der Tat dem tollen Karmen oder allen, die bei ihrer Auffindung zugegen gewesen seien, gemeinschaftlich.

„Von rechtswegen müßte sie ausgewürfelt werden,“ rief einer der Räuber mißmutig.

„Nimm sie nur erst dem Nils Karmen ab,“ erwiderte Lers, der eben zurückkehrte. „Ein gutes Werk wärs jedenfalls, das arme Ding erbarmt mich in der Seele.“

„Der Karm ist doch ein richtiges Schafsheer,“ spottete ein Muskettier.

„Aber es steckt der Mut eines Löwen drin,“ rief der erste Sprecher voller Bewunderung.

„Ein Löwe, der sich von einem Hühnchen regieren läßt; denn seine Frau ist gegen ihn ein wahres Hühnchen und tut doch mit ihm, was sie will. Die Krallen auf der Stirn von ihr, wie Lers?“

Der starke Mann lachte gutmütig und kniewig.
„Warum jagst du sie nicht zum Teufel? Sie macht dir das Leben schwer genug.“

Lers schüttelte wie unwillig den Kopf. „Wir haben das Hühnchen zusammen, Steensjen, und sie muß sich abradern genug mit dem kleinen Ding.“ Dann begann er in aller Besonnenheit sein Essen ab zu verzehren.

Bei derselben Beschäftigung finden wir, von Broni gleich einer Skabin bedient, Nils Karmen. Dabei sprach er in großen Zügen einer mit Branntwein gefüllten Flasche zu, die er einmal auch gnädig seiner Gefährtin reichste. Broni schien auch dem Genuße des Inhalts nicht weniger als abhold und nahm einen kräftigen Schluck.

„Hol sie her,“ befahl der rauhe Soldat. „Sie soll auch mal trinken.“

„Gehst du gleich,“ brüllte er auf, als er auch nur einen Schimmer des Jögerns in den Augen Bronis las. Furchsam stand sie auf und beugte sich, seinem Gebote zu gehorchen.

Sie berührte ziemlich sanft Margareten's Haar. „Komm, Kind, du mußt mit mir gehn, er will es haben.“

Margarete war so tief in sich und ihrem Gram versunken, daß sie erst nach zweimaliger Wiederholung der Aufforderung ihre verwirrten Augen zu der Sprecherin erhob.

„Was wollst Ihr? Ich soll meinen Vater verlassen?“

„Du mußt, arme Kleine, sonst schlägt er dich tot.“

„Möchte er es tun — o, was frag ich nach dem Leben?“

„Es gibt Schlimmeres als Tod, Mädchen — wie heißt du?“

„Gretchen.“

„Du mußt gehorchen, Gretchen, um Schlimmeres zu vermeiden. Dem Vater ist wohl, aller Jammer erweckt ihn nicht wieder. Komm und füge dich ins Unbermeidliche. Mit etwas List kommt man bei diesen Kerls weiter, als mit Troß und Widerstand.“

Margarete senkte tief, erhob sich jedoch und ließ sich hinwegführen.

„Was tut er mit mir?“ fragte sie angstbeugend.

„Was er will — ich weiß es nicht.“

„Ihr seid ein Weib. Ihr seid nicht böse — bitte, nehmt Euch einer Unglücklichen an.“

„Arme Kleine, ich brauche selber jemand, der sich meiner annimmt. Sei flug, das ist alles, was ich dir sagen kann. Wenn du nur ein paar Stunden Zeit gewinnst, heute nachmittag oder abend setzt er dich gewiß im Würfelstapel, wenn kein Geld alle ist — vielleicht bekommst du einen guten Mann, mehr kann ich dir nicht wünschen.“

Margarete verstand kaum, was die geknechtete Dulderin zu ihr sprach. Zitternd erdrieh sie vor dem rohen Menschen. Mit einem grinsenden Lachen bot er ihr die Flasche.

„Da — sollst mal trinken, Dirne — zur Stärkung.“

Margarete warf einen lebenden, agenden Blick auf das Weib — Broni riet ihr durch eine stumme Geste, sich zu fügen. So führte das junge Mädchen voll Absehen die widerliche Flasche an ihre Lippen, doch nippte sie kaum, so daß der Unhold seufzend sagte: „Weißt schon noch besser lernen — sie lernens alle. Die Bornehmen trinken Wein, wir Branntwein, der ist feuriger und kräftiger.“

Nils war offenbar müde, er legte sich auf dem Strohzrecht. „Geh ihr nicht von der Seite,“ schnauzte er Broni an. „Wart mal — wollen ihr lieber die Hände zusammenbinden.“

Stride führten die Soldaten jener Zeit immer bei sich, weil sie deren für ihre Zwecke bedurften. Auch ergriff er Margareten's ihm willig dargebotene Hände und band sie fest zusammen. „Nun setz dich her, Dirne, und wasch nicht, dich zu rühren, oder —“ Mit einem Fluche warf er sich hin, während Broni sich an Margareten's Seite niederließ. Ihres Mannes Wille war für sie die höchste Fügung. Obwohl nicht gerade böse von Herzen und auch nicht so roh wie die meisten ihrer Kameradinnen, hätte sie doch nicht gewagt, gegen den Befehl des Tyrannen auch nur das geringste zum Vorteil der Gefangenen zu tun.

Die arme Margarete saß schweigend und in unendlicher Herzensangst. Sie hatte wahrlich genug Beschäftigung für ihre Gedanken. Des Vaters jähredliches Schicksal, die Unge- wissheit ihres eigenen Loses in den nächsten Stunden — ihr schauderte gleichermaßen vor der Vergangenheit und Zukunft. Nach einiger Zeit nahm sich die dicke Marketerdin, von ihrer Aufwärtlerin gefolgt, begrüßte Broni mit einem freud- schloßlichen Händedruck und beschaute sich aufmerksam die schöne Kriegsbeute.

„Was denkt denn Nils mit der drallen Dirne anzufangen,“ forschte sie mit einem wohlgefälligen Blicke auf das wie in Geistesabwesenheit verbarrende junge Mädchen.

(Fortsetzung folgt.)

Reichshilfe für die Vertriebenen aus Elsaß-Lothringen.

Karlsruhe, 16. Febr. Auf Einladung der Reichsregierung fand heute vormittag 10 Uhr im Schloßhotel in Karlsruhe eine Beratung über die den Vertriebenen und Flüchtlingen aus Elsaß-Lothringen zu gewährenden bzw. zu erwerbende Fürsorge statt, an der Vertreter der Reichsregierung und der Flüchtlinge, ferner des badischen Ministeriums und des Reichs Kreuzes in größerer Zahl teilnahmen. Von der Reichsregierung war Unterstaatssekretär Dr. Lewald vom Reichsministerium des Innern, von der badischen Regierung der Minister des Innern Dr. Haas erschienen; ferner waren u. a. amnestiert der frühere Staatssekretär des Reichsministeriums und Statthalter von Elsaß-Lothringen Dr. Schwander, der bisherige Reichstagsabgeordnete von Straßburg Böhle und der Vertreter der elsäß-lothringischen Gewerkschaften Gemeindevater Schulenburg-Straßburg. Im Verlaufe der Beratung, in der Unterstaatssekretär Dr. Lewald den Vorsitz führte, wurde insb. betont, daß angesichts der immer stärker werdenden Zahl der aus Elsaß-Lothringen von der französischen Verwaltung Ausgewiesenen oder der wegen Verdienstlosigkeit und infolge der Geschäftigkeit der elsäßischen Gewerbetreibenden und Arbeiter zu flüchtenden Angehörigen dieser und anderer Berufsangehörigen die bisherige Fürsorge ganz ungenügend sei; es müsse hier Reichshilfe in ausreichender Höhe bereitgestellt und zugleich für Unterzug und Arbeitsvermittlung weitgehend gesorgt werden, damit nicht schwere, zum Teil heute schon fühlbare Folgen eintreten. In Bezug auf die Auszahlung der Beamtengelder ist, nach anfänglichen Erörterungen, bereits ein geregelter Zustand erreicht worden, auch konnten viele Beamte in anderweitigen Stellen im Reich untergebracht werden. Für die Übernahme der Flüchtlinge ist eine Reichszentralstelle geschaffen, ferner bestehen Uebernahmungsstellen in Freiburg, Frankfurt a. M., München, Stuttgart, Darmstadt, Schwerin, Plauen i. S. und Braunschweig. Als wichtigste Aufgabe wird die Vermehrung der Stellen von Männern und Weibern aus früheren Heeresbeständen bezeichnet. Minister Dr. Haas will, geduldeten Wünschen entsprechend, dafür eintreten, daß das Heeresamt ohne Verteuerung durch Händler direkt den Bedürfnissen zugeführt wird. Die Zahl der Ausgewiesenen hat, nach einer erst am 19. Dezember begonnenen Statistik von da an bis heute in West- und Ostpreußen 1901, die der freiwillig flüchtenden 5171 betragen; dazu werden noch einige Tausende kommen, die sich nicht gemeldet haben. Von mehreren Seiten wurde betont, daß namentlich den Arbeiter gegenüber, die mittellos ankommen, die Unterstützung nicht als Almosen angesehen werden dürfe, sondern daß Deutschland die Verpflichtung habe, hier zu helfen und die Form gewahrt werden müsse. Für die Gewerbetreibenden wird die Errichtung einer Darlehenskasse mit ausreichenden Mitteln verlangt. Namentlich wurde betont, daß viele Beamte und Arbeiter in Elsaß-Lothringen zurückgelassen seien, weil man sie verabschiedet habe, daß ihnen nichts gebliebe; den Flüchtlingen aber werden jetzt in den ärmsten Stadtvierteln von Straßburg und anderwärts die zurückgelassenen Möbel, ihre einzige Habe, gestohlen. Auch über die Form des Empfangs an den Anlaufstationen der Flüchtlinge wurde Klage geführt. Nach Angabe von Ingenieur Rander-Straßburg befinden sich für etwa 3 Millionen Werte in Elsaß-Lothringen in der Hand des Feindes, die, sei es auch nur auf dem Wege der Verrechnung, dem Reich gegenüber das Eigentum von deutschen Bürgern darstellen. Eine Organisation des späteren geregelten Rücktransports der zurückgelassenen Möbel und sonstigen Habe ist mit dem deutschen Möbel- und Transportverband angebahnt worden, gegenüber den bisherigen Erpresserpreisen für Transporte wird ebenfalls die Uebernahme auf Reichskosten verlangt; im übrigen liegen die Transportkostenverhältnisse in Frankreich heute ebenfalls sehr darnieder. Im übrigen wurden die Forderungen zusammengefaßt in die der Bildung einer besonderen Zentralstelle beim Reichsministerium des Innern mit einem Vorkurs aus Beamten, Gewerbetreibenden, freien Berufenen und Arbeitervertretern, wobei nicht bürokratisch gearbeitet werden dürfe; die Errichtung soll bei der Nationalversammlung im Wege eines reichsgesetzlichen Aktes beantragt werden. Von dieser neuen Behörde und der Reichsregierung wird weitgehendstes Entgegenkommen gegenüber den Gewerbetreibenden und Arbeitern unter Gründung der Darlehenskassen erwartet und ferner der Ausbau der Arbeitsvermittlung für dringend erklärt. Niemand ist, wie in einem Schlusswort betont wurde, außer in Ostpreußen während des Krieges so schwer betroffen worden, wie jetzt die all ihre erworbenen Besitzes beraubten Flüchtlinge aus Elsaß-Lothringen, die stets in einer besonders feindseligen Umgebung waren und besonderen Anspruch auf Anerkennung dessen und Hilfe erheben dürfen.

Baden.

Die Vollziehungsgewalt des Staatsministeriums.
Der Verfassungsausschuß setzte gestern in zwei Sitzungen die Beratungen des § 57 des Verfassungsentwurfs, betr. die Vollziehungsgewalt des Staatsministeriums und die Ausfertigung und Verkündung der Landesgesetze fort. Der Ausschluß beschloß bestimmend, daß das Staatsministerium zur Erlassung von Rechtsverordnungen der Zustimmung des Landesparlamentarischen Ausschusses bedarf.

Sodann wurde über einen in der Freitagssitzung gestellten Antrag eines Zentrumsmittgliedes abgestimmt, wonach durch den Karttag in derselben Weise wie die Minister des Staatsministeriums nach Minister ohne eigenes Verwaltungsgebiet, so auch Staatsräte zugezählt werden können. Diese Staatsräte sollen Sitz und Stimme haben, ihre Zahl aber diejenige der Minister im Hauptamt nicht übersteigen dürfen. Im Falle der Stimmengleichheit bei Abstimmungen soll die Stimme des Staatspräsidenten den Ausschlag geben. Die Staatsräte sollen für ihre Tätigkeit die Tagelöhner der Abgeordneten erhalten. Dieser Antrag auf fakultative Einführung von Staatsräten wurde einstimmig angenommen.

In der nachträglichen Abstimmung über den § 42 erhielt dieser Paragraph mit 18 gegen 9 Stimmen bei einer Stimmenthaltung folgende Fassung: „Niemand, insbesondere kein Beamter, Angestellter und Arbeiter, darf an der Uebernahme und Ausübung des Landtagsmandats gehindert oder deshalb entlassen, noch darf ihm hierwegen gekündigt werden.“ Zugleich nahm der Ausschluß einstimmig eine Entschließung an, die, an die Reichsregierung gerichtet, verlangt, daß die Durchführung dieses § 42 reichsrechtlich sichergestellt wird. Einstimmig wurde zu § 42 noch der Zusatz angenommen: „Zur Vorbereitung der Wahl ist angemessener Urlaub zu erteilen.“ In der nachmittäglichen Sitzung des Ausschusses fand dann, nachdem vormittags noch die §§ 58, 59 und 60 angenommen worden waren, eine eingehende Aussprache über den Abschnitt 6 der Regierungsentwürfs statt, welcher die Ministerkassage behandelt. Ein Entschluß wurde noch nicht gefaßt.

Belohnungen an Eisenbahnbeamte.

Zu unserem Artikel unter obiger Ueberschrift im Nr. 39 vom letzten Samstag geht von Herrn Eisenbahnsekretär Ufer eine längere Erwiderung zu, die wir leider wegen unzureichender Raumverhältnisse nicht ganz zum

Abdruck bringen können, da sie etwas weitläufig geraten. Herr Ufer behauptet zunächst, jener Artikel zeige nicht von allzu großer Sachkenntnis, wohl aber von großer Reichhaltigkeit. Zum Tatsächlichen führt Herr Ufer dann aus, die badische Regierung habe Anfangs Januar, nachdem die Bahnhöfe in München und Stuttgart durch Putzsch in die Hände von Spartakisten gelangt waren, Vorkorge getroffen, dies in Karlsruhe zu verhindern, auf Befehl des Verkehrsministers sei deshalb, da die Volkwehr zu jener Zeit besondere Aufgaben zu erfüllen hatte, im Einvernehmen mit dem Volkerrat und dem Kommandanten der Volkswehr eine Bahnhofswehr gebildet worden, die im Ernstfall die Volkwehr sowohl im Bahnhof, als auch an anderen Orten z. B. Rathaus, Nationalversammlung, etc. usw. zu unterstützen hätte. Die Bahnhofswehrleute, so führt Herr Ufer aus, waren Eisenbahnarbeiter, der Kommandant bzw. die Abteilungsleiter sollten Eisenbahnbeamte sein, die, wenn möglich, als Offiziere in der Front getanden haben sollten. Die Mannschaften waren leicht zu beschaffen, nicht in die Abteilungsleiter, weniger wegen ihrer Verwendbarkeit, als — sagen wir es offen und ehrlich heraus — in jenen unruhigen Tagen, auch ein gewisses Risiko, sein Leben zu verlieren, mit verbunden war. Eben wegen diesem Risiko sicherte die Regierung den Beamten, die sich zur Verfügung stellten, eine Belohnung zu.

Der Bahnhofswehr aber eine antiozialistische Seite abzugewinnen, ist wirklich mehr wie naiv! Die Bahnhofswehr wurde auf Befehl des Herrn Verkehrsministers — der doch selbst Sozialdemokrat ist! — gebildet. Nach welcher politischen Seite die Eisenbahnarbeiter, besonders die, die soeben aus der Front nach Hause zurückgekehrt waren, neigen, weiß jeder, der ein klein wenig politisches Verständnis hat, und die als Abteilungsleiter verwendeten Beamten stehen zufällig alle auf dem linken, teilweise auf dem äußersten linken Flügel der Sozialdemokratischen Partei.

Nun zur Belohnung selbst. Die Mannschaften der Bahnhofswehr erhielten wie die Volkwehrleute pro Tag 1250 M. Keiner der als Abteilungsleiter in Frage kommenden Beamten hat jedoch Gehalt eines Offiziers, Feuerwache etc., wie ein Abteilungsleiter der Volkwehr, die außerdem noch ihre Kleidung durch die Volkwehr beziehen. Außerdem waren die Beamten verpflichtet, zeitweise ihr Essen außerhalb der Familien einzunehmen, und dadurch zu erheblichen Ausgaben gezwungen. Selbst den wünschenswerten Satz von 15 M. pro Tag gerechnet, ergibt dies bei 18 Tagen und 3 Abteilungsleitern je 270 M., also insgesamt 810 M. Wie man wegen einem solchen Betrag von einem Staatsbankrott sprechen bzw. sagen kann, die Regierung würde das Geld mit vollen Händen zum Fenster hinauswerfen, und habe deshalb kein Geld für berechnete Forderungen seiner Beamten und Arbeiter übrig, überlasse ich ruhig dem Urteile der Leserschaft.

Somit Herr Ufer; er scheint uns aber doch ein bißchen zu dick aufzutreten. Wir wollen ihm und seinen beiden Herrn Kollegen, die damals das skandalöse Risiko auf sich nahmen, den Bahnhofswehr vor den anstimmenden Spartakistenkaren zu schützen, den Ruhm gewiß nicht schmälern; aber wir sind gewiß: wenn es zu einem Ruffid genommen wäre, so hätten auch noch andere Leute, außer Kommandanten und Wehrleuten, ihr möglichstes getan, um die ungeliebten Kiste wieder hinauszubekommen; gratis und franco! Auch scheint es uns eine gewisse Leier zu sein, zu behaupten, die Bahnhofswehr sei nicht antiozialistisch, weil der sozialdemokratische Verkehrsminister ihre Bildung befiehlt und Ausführung befiehlt. Befehl und Ausführung sind bekanntlich immer noch zweierlei. Und was die „Belohnung“ anbelangt, so gefällt uns halt trotz alledem der tapfere Mann, der nur um des Ruhmes und der Ehre willen sein Vaterland verteidigt, immer noch besser als der, der es für 15 M. Entlohnung tut. Eine Ansicht, die bekanntlich auch schon die alten Römer teilten.

Ein politischer Prozeß. Am 15. Februar erschien in Nr. 7 der „Sozialistischen Republik“ ein Artikel, worin in kurzen Worten mitgeteilt wurde: „Es müssen die Namen der Unteroffiziere, welche während der Revolutionszeit sich mit den Mannschaften für die Sache der Umwälzung des Staates zu sehr eingelassen hatten, an die oberste Behörde gemeldet werden, damit die Verabschiedung dieser Vorgesetzten erfolgen kann. Alle einstigen Unteroffiziere, die im Kriege zu Offizieren befördert waren, werden verabschiedet.“ Dazu wird nun gemeldet: Dieser Geheimbefehl existiert lediglich in der Fantasie des Artikelverfassers und ist zum Zweck, Unfrieden und Mißtrauen in den Kreisen der Unteroffiziere zu schaffen, geschrieben. Das Generalkommando wird den Artikelverfasser wegen Verleumdung gerichtlich zur Rechenschaft ziehen.

Die Berufswahl der Schüler und Schülerinnen. Das Ministerium für Kultus und Unterricht hat anordnet: Alle Lehrer und Lehrerinnen der oberen Klassen- und Mädchenschulen sollen die abgehenden Schüler und Schülerinnen darauf aufmerksam machen, wie wichtig es ist, sich alsbald nach der Schulentlassung einem Beruf, der sie später ernährt, oder einer geeigneten Weiterbildung zuwenden, was sie tun müssen, um sich für den gewählten Beruf gründlich auszubilden und welche Schritte die Eltern hierwegen zu tun haben. Wo an einem Ort besondere Berufsberatungsstellen bestehen, sind die Schüler und Schülerinnen auf diese hinzuweisen.

Durlach, 10. Febr. Die Volkwehr beschloß am Montag ein drei Zentner schweres Schwein, das ein Volkwehrbesitzer in Karlsruhe um den Preis von 1257 M. gekauft hatte. — In Königsbach stürzte der 19jährige Landwirt Karl Seibert von der Scheuer ab und war sofort tot.

Stuttgart, 18. Febr. Eine Funkspruchstation ist laut „Landesmann“, hier eingerichtet worden. Hiermit werden französische, englische und deutsche Nachrichten aufgefangen und soweit von Interesse der Öffentlichkeit übergeben werden.

Mehrach, 18. Febr. Die schwarzen Boden oder Blatten sind im Bezirk Mehrach aufgetreten. In Mast und Kreenheintetten sind Einzelfälle festgestellt worden.

Soldatenrat und Generalkommando.
Am 9. Februar hat das Generalkommando des 14. A. S. vom Landesausführer der Soldatenräte ein befristetes Erlassen erhalten, das im wesentlichen folgende Punkte enthält: Volles Kontrollrecht des Landesausführers in Offiziersangelegenheiten, d. h. in jeder Abteilung des Generalkommandos durch seine Landesausführer und Mitglieder, auch Verfügungen, es dürfen ohne Genehmigung des Landesausführers keinerlei Maßnahmen getroffen werden, Berringerung des Offizier-Verbandes. Das Generalkommando hat jetzt in einer Vollversammlung folgenden Beschlusses gefaßt: Das Generalkommando des Generalkommandos des 14. A. S., Unteroffiziere und Mannschaften, hat von dem Landesausführer der Soldatenräte Badens an das Generalkommando als Behörde gerichtete Ultimatum vom 9. Februar auf Um-

wegen Kenntnis erhalten. Es hat zu diesem Schreiben am 15. Februar in einer Vollversammlung Stellung genommen. Einstimmig wurde beschlossen, falls der Landesausführer sein Verfallen durchzuführen versucht, jeden gewaltsamen Eingriff mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zurückzuweisen. Das Generalkommando stellt sich damit unbedingt auf den Boden der derzeitigen Reichs- und badischen Volksregierung, die ihr volles Vertrauen besitzt. Der Soldatenrat und das Generalkommando schließen sich vorstehender Resolution voll und ganz an.

Zu unserem Bericht über die Tagung der Soldatenräte am 11. Februar, den wir in der Nr. 37 unter dem Titel veröffentlichten, geht uns von einem Grenadier ein Schreiben zu, in dem es heißt: „In der Nr. 37 vom 13. 2. 19 schreiben Sie, die S. M. hätten bei ihren Bestrebungen, die Tätigkeit des Generalkommandos lahmzulegen und selbst zu regieren, die Mehrheit der Soldaten hinter sich. Sie irren sich! Wir stehen hinter der Regierung, vertreten durch die von ihr eingesetzten Beamten. Wer neben einjehen will, kann nicht auf uns rechnen! Wo aber das Ziel hinget, zeigt die am 11. 2. 19 in der Versammlung verfaßte Beschlüsse: „Was will der Spartakusbund?“ Kameraden paßt auf! Laßt euch nicht die Augen verbinden!“

Welleicht ergreifen nun einmal die maßgebenden Stellen das Wort, um Klarheit zu schaffen, was nun eigentlich los ist. „Süße Eintracht, holder Friede“ scheint auf keinen Fall mehr in Durlach zu herrschen.

Eine anrüchliche Kommission.

Manheim, 18. Febr. Da der Stadtrat erfahren hat, daß Mitglieder der „Kommission der Ausgewiesenen“ ihre Bestrebungen mit politischen (kommunistischen) Zwecken vermenen, kann er diese Kommission nicht mehr als Interessenvertretung der Ausgewiesenen anerkennen. Der Kommission wurde deshalb das bisher überlassene Geschäftszimmer entzogen. Aus dem in Stadtrate vertretenen Parteien wurde eine gemeinschaftliche Geschäftsstelle in Ausweisungangelegenheiten gebildet, diese erhielt ein Büro und außerdem wurden ihr der Erfolg ihrer Aufwendungen zugesagt. Für die drei nach Weimar entsandten Vertreter der mit der Ausweisung Betroffenen hat die Stadtgemeinde je 500 M. angewiesen. Die verlangte Erhöhung des Gesamtbetrages von 1500 M. um weitere 1000 M. wurde als unangemessen abgelehnt. Wie die „Volkstimme“ berichtet, machen die Mitglieder der Kommission der Ausgewiesenen aus denen ihren anvertrauten Geldern recht interessante Ausgaben. Einen großen Teil der erhaltenen Summen haben sie verzehrt und es einmal ein Kommissionsmitglied nach einer geschäftlichen Sitzung nicht auf den Füßen liegen lassen, sondern nach Hause genommen. Die Kommission hat nur drei Kommissionsmitglieder, die die Kommission der Ausgewiesenen von der Stadtrate abgelehnt hat. Die Kommission der Ausgewiesenen hat die Kommission der Ausgewiesenen von der Stadtrate abgelehnt hat. Die Kommission der Ausgewiesenen hat die Kommission der Ausgewiesenen von der Stadtrate abgelehnt hat.

Soziale Rundschau.

Der „Badische Gastwirt“ und das Trinkgeld.

Die jetzt in ganzen Reich in Gange befindliche Bewegung der gewerkschaftlichen Angehörigen auf Beseitigung des Trinkgeldes ist gewissen Unternehmern arg auf die Nerven gefallen. So hört man sie in allen Tonarten den Ruin des Gewerbes prophezeien; es ist dies ein keineswegs mehr neues Argument. Bei jeder Gelegenheit, bei Einführung der verschiedenen Bundesratsverordnungen, bei der Einführung neuer Steuern, überhaupt bei jeder Gelegenheit, bei der Geld ausgegeben werden mußte, ist das Gewerbe ruiniert geworden. Trotzdem aber ist das Wirtschaftsgewerbe heute noch ein ganz einträgliches Geschäft. Als weiteren Einwand führen die Wirte an, das Publikum würde, wenn eine neue Preiserhöhung, die ja notwendig werden würde, entfällt, die Betriebe meiden; aber auch dieser Einwand kann nicht als stichhaltig angesehen werden. Denn das Publikum hat das Trinkgeld von jeher als eine unangenehme Last empfunden und würde es sicherlich begrüßen, wenn endlich einmal diese Unflutte aus der Welt geschafft wäre. Tatsächlich wird es ja auch gar nicht länger belästigt, denn die Preiserhöhung dürfte schwerlich soviel ausmachen als was es jetzt an Trinkgeld zu geben gewohnt ist.

Die Revolution und die Einführung des Achtstundentags der auch für das Gastwirts-gewerbe gilt, hat nun die Frage aus dem Stadium der jahrelangen theoretischen Erörterungen in das der praktischen Anwendung gebracht. Die Bewegung ist aus der Zeit heraus geboren, und sie wird nicht beigelegt werden können, ehe das Trinkgeld beseitigt ist. Und daß es der Gesellschaft bitter ernst ist mit ihrer Forderung, das beweist ja die spontane in den verschiedenen Städten ausgebrochene Bewegung, die beispielsweise in Berlin schon zu vollen Erfolg geführt hat. Mit dem 15. Januar ist dort das Trinkgeld in allen größeren Betrieben beseitigt; die kleineren folgen am 1. Mai nach. In München steht man vor dem Abschluß eines gleichartigen Tarifes, in Köln, Magdeburg, Stuttgart schweben die Verhandlungen. In anderen Orten hat man sich mit kurzfristigen, sogenannten Ueber-gangstarifen vorläufig abgefunden.

Manche Unternehmerrkreise können aber den Zug der Zeit immer noch nicht begreifen; so glaubt z. B. der „Badische Gastwirt“, das Organ des „Badischen Gastwirts-Verbandes“, die Forderungen der Karlsruher Gesellschaft auf die Machinationen eines „Berliner Sendlings“, wie er sich so schön auszudrücken beliebt, zurückzuführen zu müssen. Derartige Bemerkungen sind weiter nichts als demagogische Schere. Obgleich die Anstellung eines Lokalbeamten die Unternehmerrorganisation gar nichts angeht, war in einer Sitzung der beiden Organisationen den Arbeitgebern dennoch Aufschluß gegeben worden. Das hindert aber den „B. G.“ nicht, in seiner Nr. 5/6 seine heckerischen Behauptung zu wiederholen. Daß man den Forderungen der Gehilfen gerade dieses Hauptargument entgegensetzt, zeigt am besten, wie unhaltbar der Standpunkt der Arbeitgeber diesen zeitgemäßen berechtigten Forderungen der Gehilfen gegenüber ist. Es läßt sich eben schlechterdings kein stichhaltiger Grund gegen die Forderungen der Gehilfen ins Feld führen. Die Gehilfenorganisationen aller Richtungen fordern seit Jahren die Abschaffung des Trinkgeldes und jetzt ist der Zeitpunkt da, wo diese Forderung verwirklicht werden wird. Das alle „es geht nicht“, das man in den besseren Friedenszeiten unseren Forderungen entgegenstellt, hat heute keine Geltung mehr; ebensowenig der Einwand, daß die Verhältnisse hier ganz anders lägen wie in anderen Orten. Der Kaufmann in Rastatt muß seinen Angestellten so gut bezahlen, wie der in Berlin oder anderswo, der Kaufmann zahlt eben überall den Lohn, der ja im Preis enthalten ist. Und was in anderen Verufen möglich ist, wird auch im Gastwirts-gewerbe möglich sein, nur muß jetzt einmal der Anfang gemacht werden. Die bereits im Dezember angeknüpften Verhandlungen mit den Wirtelcorporationen in Karlsruhe hatten bis Mitte Januar keinen Erfolg gehabt. Man hatte wohl Zusage betreffs Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer gemacht, aber Einstellungen waren nicht erfolgt. Die ganze Behandlung der Sache durch die Arbeitgeber erweckt unter der Gehilfenschaft den Eindruck, als wenn man ihre Forderungen nach altem Brauch wieder ad acta gelegt habe und das hat wohl mit dazu beigetragen, die Kollegenschaft zu beunruhigen, den im Dezember aufgestellten Mindestlohn zu verwerfen und jetzt sofort die Beseitigung des Trinkgeldes zu fordern. Das alles geschah aber, ehe der „Berliner Sendling“ auch nur ein Wort gesprochen hatte. Wir sehen also, daß der „Badische Gastwirt“ mit seiner Einleitung vollständig auf dem Holzwege ist. Der Erfolg dieser zweiten Forderung aber war der, daß der Städtische Arbeitnachweis sofort Anweisung erhielt, mit Hilfe des Herrn Hoteliers Knopf die erforderlichen Leute den namhaft gemachten Betrieben zuzuführen. Weiter erklärten sich die Arbeitgeber bereit, ihren Mitgliedern die Anweisung

des Mindestlohntarifs, der Monatsgehälter von 60 M. für das Hilfspersonal und 80 M. für das Bedienungspersonal bei Verhütung des Trinfalles fordert, zu empfehlen. Die Vertreter der Gewerkschaft erklärten sich ebenfalls bereit, vorläufig diesen Mindestlohn tarif anzunehmen. Es kann aber nur eine vorübergehende Maßnahme sein, um der Unternehmerschaft Zeit zu gewähren, ihre Betriebe auf diese Neuerung einzustellen.

1. Nacht, 19. Febr. Der Arbeiterausschuss des Bergamts hatte heute vormittag 10 Uhr eine Sitzung im „Koppen“ zur Besprechung der Lohnfrage. Zu dieser Sitzung wurden noch von je hundert Arbeitern ein neuer Delegierter gewählt, außerdem wurde der Angehörigenausschuss hinzugezogen. Das Ergebnis der Besprechung war, daß Lohnforderungen von 25 % für Tagelöhner, 15 % für Landwerker geordert wird. Die Gehaltsforderungen der Angestellten, über die wir kürzlich berichteten, finden auch von Seiten der Arbeiter volle Unterstützung.

Aus der Partei.

Bezirk Durlach, nächsten Sonntag, 23. Februar, mittags 12 Uhr, findet im „Darmstädter Hof“ in Durlach eine Konferenz für den Bezirk Durlach statt. Wichtige Arbeiten verlangen dringend, daß von jeder Mitgliedschaft wenigstens ein Delegierter erscheint. Diejenigen Parteigenossen, die noch Sammelkarten besitzen, wollen diese unverzüglich an Chr. Horst, Kronenstr. 1, abliefern. Der Bezirksauschuss.

Sohrenweierbach, 19. Febr. Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, findet im Nebenzimmer zur „Hochburg“ eine Parteiverammlung statt, wozu die Leiter unserer Parteipresse und Bürgerausschussmitglieder eingeladen sind. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert, daß am nächsten Donnerstag eine Bürgerausschussversammlung stattfindet, daß alle Mitglieder in dieser Versammlung erscheinen.

1. Nacht, 19. Febr. Die Genossen, die sich in der letzten Parteiverammlung zum Diskussionsklub gemeldet haben, werden gebeten, morgen, Donnerstag, abend 8 Uhr, im „Koppen“ zu erscheinen.

Stausenberg, 18. Febr. Die Mitglieder des hiesigen sozialdem. Wahlvereins werden darauf hingewiesen, daß am Sonntag, 23. ds. Mts., mittags 2 Uhr, im Gasthaus zum „Grünen Baum“ die Generalversammlung des sozialdem. Vereins stattfindet. Pünktliches und vollständiges Erscheinen dringend erwünscht. Genosse Weller-Rastatt hat sein Erscheinen zugesagt.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 19. Februar.

Heute Abend

Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins im Saale 3 der Brauerei Schrenpp (Waldstraße) mit Vortrag des Genossen Emil Mater, Heidelberg, Mitglied der badischen Nationalversammlung, über „Die Sozialdemokratie und die politischen Umwälzungen“. Beginn punkt 8 Uhr.

Reichsbund der Kriegsbefähigten und Kriegsteilnehmer. Am morgigen Donnerstag abend 7 Uhr beginnt, veranstaltet der Reichsbund der Kriegsteilnehmer im großen Saale der Festhalle einen Familienabend. Der Bund tritt mit dieser Veranstaltung zum erstenmal vor die breitere Öffentlichkeit, der Abend verspricht nach dem aufgestellten Programm einen ausserordentlich künstlerischen Genuß. Eine Reihe von Mitgliedern des Bad. Landesheaters, Fräulein Elisabeth Friedrich, Fräulein Marie Genter, Herr Rudolf

Essef, Herr von Gorkom sowie ein Gefangener haben ihre Mitwirkung dem Bunde bereitwilligst ausgelagt; den musikalischen Teil wird die Kapelle der 108er unter Herrn von Gorkom's Leitung bestreiten. Den Schluß des Abends bildet die Veranstaltung eines Glückshafens, zu dessen Ausrichtung eine große Anzahl zum Teil recht wohlhabender Gewinne zur Verfügung gestellt wurde. Der Beginn des Familienabends ist auf 7 Uhr festgesetzt, der Eintritt beträgt für Nichtmitglieder 1 M. Da der Meinertrag der Veranstaltung der Schaffung eines Unterstützungsfonds für in Not geratene Mitglieder der Ortsgruppe Karlsruhe bestimmt ist, so wäre ein vollbesetzter Saal den Kriegsbefähigten und Kriegsteilnehmern wohl zu wünschen.

Sozialdemokratischer Verein (Bezirk Mittel- und Südweststadt). Der Bezirk versammelte am 18. Februar abends in der „Goldenen Krone“ seine Mitglieder zu einer Besprechung der internen Parteiangelegenheiten. Obwohl der Besuch den Erwartungen der Leitung nicht entsprach, so war man doch durch die Aussprache und den Erfolg des Abends zufrieden. Es wurden Fragen betr. der Buchhandlung, die auf größerer und breiterer Grundlage auf- und ausgebaut werden soll, sowie der Jugendorganisation berührt und die Eltern darauf hingewiesen, daß jetzt der freien Entfaltung des Geistes der Jugend keine politischen Schranken und sonstige Hindernisse den Weg zum Licht und Sonne sperren, ihre schulentlassenen Kinder reiflos der freien Jugendbewegung auszuliefern. Die Anstellung eines Parteisekretärs löste eine lebhaft diskutierte Frage aus. In der Aussprache über die durchgehende Arbeitszeit wurde bemerkt, daß die Vorteile derselben die Nachteile in ganz erheblicher Weise überwiegen. Der Einführung der durchgehenden Arbeitszeit bei der Stadtverwaltung wurde kein Wort geredet, besonders schon deshalb, weil ja die Stadtverwaltung die Pflicht habe, hier mit gutem Beispiel voranzugehen. Treffend wurde bemerkt, daß an der Bequemlichkeit einiger höherer und höherer Beamten diese Frage nicht zum Scheitern gebracht werden kann. Nachdem noch Fragen der Agitation und Organisation über die kommenden Gemeinderatswahlen besprochen wurden, konnte der Obmann des Bezirks, Gen. Hermann Lang, die Versammlung mit einem Hinweis, daß die nächste Versammlung in 14 Tagen stattfindet, schließen.

In der Angelegenheit der teuren Bohnen wird uns von zuständigen Seite mitgeteilt, daß das vom Kommunalverband übernommene Bohnenquantum nicht 3000, sondern nur 380 Zentner betrug. Damit wird die Raskulation eines Einfenders in Nr. 40 unseres Blattes gegenstandslos.

Die Generalversammlung des Gefangenen „Mittelteil“ hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Geschäfts- und Kasienbericht wurden einstimmig angenommen. Der Kasienbestand ist ein sehr günstiger zu nennen, trotz der Anschaffung eines neuen Klügels. Die Sängergesellschaft ist auch eine stattliche, obgleich der Weltkrieg große Lücken gerissen hat. An Stelle des 1. Vorsitzenden Ruch, der aus geschäftlichen Gründen zurückgetreten ist, wurde Albert Schmitt einstimmig gewählt. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden ebenfalls einstimmig wiedergewählt. Für die gestellten Vorstandsmitglieder Heide und Schäfer treten Wittenbronn und Landmann neu hinzu. Vorstand Ruch dankte den Mitgliedern für die Unterstützung während seiner Tätigkeit und fordert die Sänger zu einem fröhlichen Sängerkoch auf das fernere Glück und Gedeihen der „Mittelteil“ auf.

Artistenversammlung. Wie aus einem Inserat in heutiger Nummer ersichtlich, veranstaltet die hiesige Ortsgruppe des Internationalen Artistenverbandes (S. m. V.) gegr. 1891, am Sonntag, den 22. Februar, vormittags 10 Uhr, eine große öffentliche Versammlung im Saale der Alten Brauerei Kammerer, Waldhornstraße. Die Tagesordnung lautet: „Wie stellen wir uns zu den Beschränkungen der Kunstfreiheit.“ Der Artistenverband ladet zu dieser Versammlung alle Interessenten ein, welche durch die beschränkenden Beschränkungen getroffen und geschädigt werden.

Einen Herzschlag erlitt vorgestern nachmittags ein Arbeiter aus Hagenfeld vor dem Hause Hagenfeldstraße 45. Er wurde durch einen Volkswachmann mittelst Krankenautos nach dem städt. Krankenhaus verbracht, starb aber auf dem Transport.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Konzert der Museums-Gesellschaft Karlsruhe. Zu einer musikalischen Veranstaltung, deren künstlerische Höhe jedem Musikfreund Freude bereiten mußte, hatte die Museums-Gesellschaft ihre Mitglieder am Freitag eingeladen. Fräulein Margarete Schweißler eröffnete den Abend mit einer Beethoven'schen Romantze für Violine; die so ganz von allem Aufdringlichen freie Vortragweise der Künstlerin, die mit tiefer Empfindung und vollendetem Technik einen kräftigen Ausdruck verbindet, kam dem Werke vorzüglich zu statten. Fast noch besser brachte das Duo aus einem Violinsonzert von Strauss und ein wundervolles Nocturno Chopin's diese Vorzüge zur Geltung. Auch die Serenade von Bizet fand eine prächtige Wiedergabe. — Fräulein Annen Ganhorn hatte mit der Arie mit vorangehendem Rezitativ „Endlich noch ich die Stunde“ aus dem Figaro einen glücklichen Erfolg erzielt. Die Wärme ihres Vortrags drängt eine kleine Nebenbeterin, die etwas unklare Tiefe aber das leicht dunkelnde Piano, weit zurück, und sie war es vor allem, was in dem Lied von Bizet's „Der Wundtode zum Leben“ und „Mit dem blauen Klee“ von Strauss die Hörer erregte. Die mit gutem Geschick gewählte, klaren und zweier genannten Liedführer ebenfalls ihre Wirkung nicht. Herr August Richter spielte überaus feinsinniger Begleiter, dem zum großen Teil der Erfolg des Abends zu danken ist.

Stadttheater Baden-Baden. Mit ausserordentlicher Besetzung wurde am Samstag im städt. Theater „Figaros Hochzeit“ herübergebracht, da auch das Orchester unter Leitung von Kapellmeister Hein auf der Höhe war, kam Mozart's Meisterwerk in voller Ungeklärtheit heraus. Der Erfolg des Abends war ein voller und dürfte die Leitung betanlassen, in den Bahnen weiterzuwandeln. Am Mittwoch wird als Gastspiel des Bad. Landesheaters „Giuletta“ aufgeführt werden.

Briefkasten der Redaktion.

Steffeln. Anonyme Zuschriften können nicht berücksichtigt werden. Wir werden aber Ihre Angaben, die sie dem Parteisekretariat übermitteln, der zuständigen Organisation übermitteln. G. Bretten. Wir hatten schon von anderer Seite einen Bericht über die betreffende Versammlung erhalten, der schon gelehrt war, als Ihr Bericht ankam. Wir mußten daher den Ihrigen zurückstellen.

Berantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland: Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Rabel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton Hermann Winter; für den Angeleitete Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Beiertheim. Arbeiter-Gesangverein „Freiheit“ Donnerstag abend 7 Uhr Singstunde im „Beiertheimer Hof“. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Nach der Singstunde Bericht über die Vorstandswahl. 1299
Bruchsal. Arbeiter-Gesangverein „Harmonie“ Donnerstag abend 8 1/2 Uhr Wiederbeginn der Singstunde in der „Festung“. Vollständiges Erscheinen erwünscht. 1284

Glasserstand des Rheins.

Schiffersinsel 2,05 Meter, gest. 20 Fm.; Rehl 2,80 Meter, gest. 42 Fm.; Marx 2,48 Meter, gest. 38 Fm.; Mannheim 3,48 Meter, gestiegen 20 Zentimeter.

Gilder-Sauerfrant

prima Ware, frisch eingetroffen, wird ab heute, so lange Vorrat reicht, zu 33 Pfg. das Pfund bei den unten bezeichneten Ladeninhabern der

„EKOLOG“

Erste Karlsruher Obst- und Gemüse-Ein- und Verkaufsgenossenschaft e. G. m. b. H.

verkauft.

Anderer, Josef, Luffenstr. 52	Merg, Aug., Kaiserstr. 19
Bauer, Heinrich, No. 20	Ruh, Anna, Karstr. 75
Bauer, Johann, Berberstr. 57	Cesterle, Johann, Karstr. 14
Bell, Hermo, Leonoldstr. 1a	Brenninger, Sch., Wobensteinstr. 42
Bleiche, Adolf, Wiel und Nr. 14	Rudolf, Kav., Blumenstr. 15
Doll, Andreas, Roonstr. 5	Seiter, Ludw., Winterstr. 22
Ergott, Ferd., Hardtstr. 22	Schnatterbeck, W., Berberstr. 73
Giller, Pauline, Durlacherstr. 69	Uebel, Fritz, Arie str. 151
Klippstein, Josef, Luffenstr. 12	Wagner, Emil, Leonoldstr. 11
Kuhmann, Frau, Amalienstr. 61	Weißer, Luise, Durlacherstr. 63
Mayer, Fernard, Waldstr. 31	Wißler, Johann, Douglasstr. 84

Taschenuhren

auch reparaturbedürftig, kauft

Lovy

in u. Verkaufsgeschäft
Markgrafenstraße 22.

Blinden-Arbeit.

Haushaltungs-Würsten und
Rohhaar-Würsten empfiehlt
Wih. Wos, Viktoriastr. 6. 170

Garantiert echte

Besen und Ruhbürsten

sowie alle Arten Zahns,
Nagel-, Kopf- u. Kleider-
bürsten im
Spezialhaus

Herm. Ries

Ecke Friedrichsplatz.

Jeder Dame,

welche ihr ausgefallenes Haar
einsendet, fertige schöne Frisuren,
Haarfarben, Wimpernerücken
u. s. w., billigt an. Defekte Haare
werden repariert u. s. w.

Karl Rösch, Friseur

Durlach, Waldstraße 21.

Welt-Kino

Kaiserstrasse 133.

Nur 3 Tage.
Mittwoch, Donnerstag, Freitag.

Alleiniges Erstaufführungsrecht.

Ada van Ehlers

die beste weibliche Detektivin

in 1291

Der Halschmuck

Spannender Detektiv-Schlager
in 4 Akten.

Die Liebe eines Künstlers

Schauspiel in 3 Akten.

Stotterer und Stimmkranke.

Im Verlage von J. C. B. Mohr, Tübingen, erschien:
„Ueber Ursachen und Heilung des Stotterns“
von P. Paschen, Groß. Bad. Hof-Gaudevieler.
Mit 10 s. Teil farbigen Tafeln. M. 4.— und Kriegszuschlag.

Einige Stimmen der Presse:

Bad. Beobachter v. 2. Juni 17.
Um so mehr als die Arbeit gründlich ist und von universalen Gesichtspunkten ausgeht. Der Verfasser behauptet nicht bloß das Spezialgebiet des Stotterns, sondern das des normalen Sprechens überhaupt — und möchte das Buch allen zum Studium empfehlen, die von Berufs wegen viel reden müssen oder es mit der Jugend in der Schule oder mit Sängern u. s. w. tun haben.
Bad. Presse v. 24. Mai 17.
Allen Stotterern sei das Studium dieses interessanten Buches auf das Wärmste empfohlen.
Zeitschrift für Schwerhörige v. Nov. 17.
Jedem Arzt, Lehrer, ja jedem Gesitteten ist zu empfehlen, dieses gute Buch zu lesen.
Wissenschaftlich-pädagogische Rundschau v. 28. Nov. 17.
Das Buch befaßt sich einerseits mit der ästhetischen und andererseits mit der physiologischen Vorgänge mit größtmöglicher Anschaulichkeit beschrieben. Das Buch wird für Eltern und Erzieher von großem Segen sein.
Öffentliche Gesundheitspflege. 1287
Ein prächtig beschriebenes Buchlein, — — —

Lokalredakteur gesucht!

Für den „Hessischen Volksfreund“ wird ein mit allen Zweigen der Arbeiterbewegung vertrauter, stilistisch begabter Redakteur gesucht, zu dessen Aufgaben es auch gehört, die Berichte aus den Ortsgruppen gewissenhaft zu bearbeiten. Bewerbungen unter Angabe der Gehaltsforderungen sind sofort zu richten an den Verlag des „Hessischen Volksfreund“, Darmstadt, Bismarckstraße 19.

1 gebrauchtes, kleines

Ziicherboot

zu kaufen gesucht von Fritz
Kubach, Ueberstr. 10.

Smith Premier-Schreibmaschinen- Besitzer Süddeutschlands!!!

Aus dem Felde zurückgekehrt, habe ich die Wahrung
Ihrer Interessen wie bereits 6 Jahre vor dem Kriege
wieder übernommen! Anfragen bez. Reparatur sowie
An- und Verkauf bitte ausschließlich an;
1294

Adolph Steinhagen, Heidelberg.

Birken- Reißigbesen

das Stück zu
70 Pfg.

empfehlen

Emil Bucherer

in sämtlichen Filialen.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein lieber Vater, unser unvergeßlicher Vater, Bruder, Schwiegerjohn, Schwager und Onkel

Julius Pallmer

Eisendreher in der Waffen- und Munitionsfabrik

am 17. Februar unerwartet infolge eines Herzschlags verstorben ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 20. Februar, nachmittags 4 Uhr in Sagsfeld statt.

Trauerhüte

in reicher Auswahl stets vorrätig L. Weingand, Karlsruhe-Mühlburg.

Volksrat - Aufklärungsausschuss und Deutsche Friedens - Gesellschaft.

Dienstag, den 25. Februar 1919

Friedens-Abend

- 1. Chor der vereinigten Arbeiter-Gesangsvereine. 2. Vortrag, Rechtsanwalt Dr. Friedberg: „Weltfriedensgedanke u. Völkerbund“. 3. Chor der Arbeiter-Gesangsvereine. 4. Lieder für Bariton, Herr Heinz Löser. 5. Rezitationen, Herr Bruno Schönfeld. 6. Schlusschor der Arbeiter-Gesangsvereine

Grasser Saal der alten Festhalle. Anfang 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.

Vorverkauf ab Donnerstag, den 20. Febr. bei: H. Meyle, Zigarrengeschäft, Marktlatz. K. Morlock, Filiale Rondellplatz. K. Morlock, Filiale d. Hauptbahnhof. Fr. Töpfer, Rappurstrasse 10. Steinmann, Filiale Neue Bahnhofstr. 1. Franz Tafel, Musikalienhandlung, Kaiserstr. 82. Wirtschaft zum Auerhahn, Schützenstrasse 58.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Amtsbezirk Durlach in Durlach. Bekanntmachung.

Nach einstimmigem Beschluß sowohl seitens der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer wurde in der am 16. Februar d. J. stattgefundenen Ausschuß-Sitzung bestimmt, die Beiträge zur Krankenkasse von 4% auf 5 1/2 % des Grundlohns zu erhöhen.

Die Einföhrung tritt mit dem 24. Februar d. J. in Kraft. Die Beiträge sind demnach ab 24. Februar d. J. wie folgt:

Table with 4 columns: Lohnstufe, bei Arbeitsverdienst, Grundlohn, Beiträge. Rows 1-9 showing increasing wage levels and contribution percentages.

Tabellen, aus der die Berechnung der Beiträge und die wöchentlichen Abzüge vom Lohn zu ersehen sind, stehen bei der Kassenerwaltung unentgeltlich zur Verfügung, bezw. sind in den Klassenräumen zur Einsichtnahme ausgehängt.

Durlach, den 18. Februar 1919. Der Vorstand. Sirjauer.

Großstück-Schneider, Hosen-Schneider

für seine Maharbeit, Tarif Ia mit 115% Zulage sofort für dauernd gesucht. Auch auswärtige Heimarbeiter werden angenommen.

Franz Burekhardt Nachf., Rastatt.

Graue Haare

und Bart erhält, garantiert dauernd Naturfarbe u. Jugendfrische wieder. d. unv. seit 12 Jahren best. bewährt.

„Martinique“

Fanz. b. Nachbstr. Pl. 44. - Radn. nord. d. Luisenver- and München. 26

Uhren und Goldwaren

werden sachmännlich repariert bei

L. Theilacker Uhrmachermeister, Hebelstraße Nr. 23 beim Café Bauer.

Kaufe oder pachte

schönes Obstgärtchen oder kleine Landwirtschaft mit beliebigen Gebäuden in guter Gegend. Bedingung: Gute Gebäude, elektr. Licht oder Gas.

Geht. Offerten unter K. H. an die Geschäftsstelle des Volksfreunds erbeten.

Richtiggehende dünnspitzige

Sohlen- und Absatznägel

sind eingetroffen

Eisenhandlung Werner Gaggenau.

Bis zur entgeltlichen Regelung

einer Ehecheidung suche ich Wohnung mit Hof bei alleinlebender Frau oder Witwe hier. Vermore aber erbliche Frau zwischen 30-40 Jahren bevorzugt. Angebote unter E. J. an die Geschäftsstelle des Volksfreunds.

Städtisches Konzerthaus.

Mittwoch, den 19. Februar 1919.

Vorstellung des Bad. Landestheaters.

Volksvorstellung zu Einheitspreisen.

Kabale u. Liebe.

Ein bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Schiller.

Anfang 1/7 Uhr. Ende 10 Uhr.

Direktorenstelle.

Die Stelle des Direktors unserer Kreispflegeanstalt Sub bei Ottersweier ist neu zu besetzen. Die 600-700 Pfinglinge zählende Anstalt umfaßt neben mehreren Handwerksberufen eine von einem Techniker geleitete Landwirtschaft mit etwa 70 Hektar. Bewerber mit Hochschulbildung, welche die erforderliche Erfahrung zur wirtschaftlichen Leitung einer solchen Anstalt besitzen, wollen sich unter Vorlegung ihres Bildungsganges und Vorlage von Nachweisen über ihre bisherige Tätigkeit bei dem unterzeichneten Verwaltungsrat - Kreisbüro Karlsruhe, Karlstraße 16 - bis zum 10. März ds. J. unter Angabe der Gehaltsansprüche melden. Verlässliche Bewerber werden gleichzeitiger Liebernahme der ärztlichen Behandlung der Anstaltsinsassen werden bevorzugt. Ausgehaltberechtigung und Hinterbliebenenversorgung wird in Aussicht gestellt. Persönliche Vorstellung erst auf Verlangen.

Karlsruhe, 17. Februar 1919. Verwaltungsrat der Kreispflegeanstalt Sub.



Heute und folgende Tage:

Sybill Smolowa

der neue Stern der Ideal-Film-Gesellsch. in dem neuen Filmwerk

Wege, die zur Liebe führen

Dramatisches Lebensschicksal in 4 Akten.

Regie: Curt Matull.

Das blonde Vergnügen.

Erfolgreiches Lustspiel in 3 Akten mit

Maria Zelenka, die Trägerin der Hauptrolle

und Henry Bender.



Residenz-Theater

Spielpläne Mittwoch, 19., bis Freitag, 21. Februar

Waldstr. 30

Gunnar Tolnaes

Söhne des Volkes

und Lily Jacobsson

Schillerstr. 22

Verkauftes Glück

In der Hauptrolle: Ada v. Ehlers.

Papas Knoten

Lustspiel.

Durlach "Grüner Hof"

Der Günstling

Drama in 4 Akten.

Überlistet

Lustspiel in 2 Akten.

Friseur

welche gut und schnell nimmt noch einige Stunden in und au er dem Hause an. Ella Weber, Wilhelmstraße 28, 2. Et. rechts.

Bekanntmachung.

Pferderäude betr.

Unter dem Pferdebestand des Friedrich Hager „zum Ritter“ in Rühlheim ist die Klauke ausgebrochen.

Karlsruhe, den 14. Februar 1919. Bezirksamt.

Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen (Gefang. Schutz)

Bezirksgruppe Karlsruhe.

Aufruf!

Groß ist die Zahl derer, die sich uns angeschlossen. Aber noch zu viele stehen abseits! Alle müssen sich anschließen! Ihr dürft die Angehörigen der Gefangenen in diesem Kampf um Recht und Menschlichkeit für unsere Brüder nicht allein lassen. Wer in unserer letzten Versammlung in der Festhalle so viele Tränen hat vergossen, der wird uns helfen. Es ist eine nationale Pflicht!

Geistliche, Lehrer, Politiker aller Parteien, werdet für unsere Sache!

Anmeldungen und Beiträge werden in unserer Geschäftsstelle: Nationaler Frauendienst, Kronenstr. 24, 3. St., in der Zeit von 10-12 und 3-5 Uhr gerne entgegengenommen.

Der Vorstand. Ing. G. Rupp.

Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen (Gefang. Schutz)

Bezirksgruppe Karlsruhe. Geschäftsstelle: Kronenstr. 24, 3. St.

Wir bitten die Anmeldungen und Beiträge, die am Sonntag wegen Ueberfüllung in der Festhalle nicht abgeholt werden konnten, an die Geschäftsstelle abzuführen.

Die Mitteilungen des Volksbundes zum Schutze der Deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, können bei jeder Postanstalt bezogen werden. Abonnementspreis für 3 Monate 2 Mark ohne Postgebühren.

Der Vorstand: Ingen. G. Rupp.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen

Gau Baden - Ortsgruppe Karlsruhe.

Donnerstag, den 20. Februar, abends 7 Uhr

im großen Saale der Festhalle

Familien-Abend

unter Mitwirkung von Fräulein Elisabeth Friedrich, Fräulein Maria Genter, des Herrn Rudolf Esfel vom Bad. Landesheater, des Herrn Kammerjägers Jan van Gorkom, eines Gesangsquartetts (bestehend aus den Herren G. u. F. Gröbinger, Kainbach, Rilian und Nagel vom Land. Theater und des Herrn Seiter) und unter Mitwirkung der Kapelle des 1. Bad. Leibgrenadier-Regiments 109, unter persönlicher Leitung von Herrn Obermusikmeister Bernhagen.

Der Reinerlös der Veranstaltung dient zur Bildung eines Unterstützungsfonds für die in Not geratenen kriegsbeschädigten Mitglieder der Ortsgruppe Karlsruhe. - Jedermann ist eingeladen.

Für Mitglieder ist der Eintritt frei (Mitgliedskarte dient als Ausweis). Nichtmitglieder zahlen 1 Mark Eintritt. Kinder unter 16 Jahren haben keinen Zutritt.

Nach dem Konzert Gaben-Verlosung (Glückshafen).

Kasseneröffnung 1/7 Uhr. Vorverkauf: Musikalienhandlung Feil Müller, Kaiserstraße. Zigarrengeschäft Meyle, Marktlatz. Programm obligatorisch 30 S.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.



Mittwoch den 19. bis einschli. Dienstag den 25. Febr. 1919:

Söhne des Volkes

Problemfilm von:

Ole Olsen und Sophus Michaelis.

Der Problemfilm „Söhne des Volkes“ ist der erste grosse politische Film, vielleicht das erste grosse politische Werk überhaupt, und er tritt in dem Augenblick vor die Rampe, wo die Menschheit sich in aufdämmerndem Schrecken bewusst wird, dass vor ihren taumelnden Füssen sich ein Abgrund aufgetan hat. In „Umstürzler“, die an Hunderten von Orten der Erde gleichzeitig geheim oder offen ihre Hände gegen die friedliche und geordnete Gemeinschaft des arbeitenden und Werte schaffenden Bürgertums erheben, mögen sie zwischen zwei keuchenden Atemzügen eine kleine Zeitspanne lang stille werden, so stille, dass das feine zarte Klagen einer reinsten Zukunft bis in ihre verblendeten Herzen dringt. Wenn dann die Hände, die zerstören wollten, sich in dem ersten keimenden wundersamen Instinkt des Schaffenswillens regen, so hat das bewegliche Bild mit leuchtender Tat bewiesen, dass es wahrhaft eine Weltmission und eine beglückende, herrliche, zu hohen Zielen hinweisende Daseinsberechtigung hat. Denn in diesem Film wird auch der Arbeiter zum Bürger, und um alle Menschen zieht sich der fernste, unverrückbare, bedrückende Kreis.

Recht gegen Gewalt, so nannte Ole Olsen seinen Film, als er zum erstenmal davon sprach.

Hauptdarsteller:

Gunnar Tolnaes Lily Jacobsson.

Hand-Versteigerung.

Am Samstag, d. 22. Febr. ds. Jrs., vormittags 11 Uhr, werden im städtischen Hundezwinger, Schlachthausstrasse 17, folgende herrenlose Hund öffentlich gegen Barzahlung versteigert:

- 1. Dogge, männlich.
- 2. Fobermannbassard, männl.
- 3. Binde, männlich.
- 4. Wolfshund, männl. h.

Karlsruhe, den 18. Febr. 1919.
Städtisches Schlacht- und Viehhofamt.

Schuhmacher

empfiehlt sich in feiner Maßarbeit, sowie Sohlen und Fieft bei schnellster Bedienung.
1250 Bachstraße 51, I.

Einfach möbl. Zimmer

beizbar, auf 15. März oder früher zu mieten gesucht. Stadthausstr. 17. Näheres zu erfragen in der Expedition des „Volksfreund“.

Uhren

Reparaturen werden unter Garantie pünktlich und billig ausgeführt.
Josef Klaus, Uhrmacher, Ruppurrerstraße 20.

Füchtige 1109

Möbelschreiner,
Stuhlbauer,
Beizer u. Polierer,
Fertigmacher,
finden unter günstigen Arbeitsbedingungen dauernde Beschäftigung.
Möbelfabrik
m. Reutlinger & Co.
am Westbahnhof.

Militärstücke

werden in allen Farben gefärbt.
Färberei M. Weiss
Blauenstr. 17
Telephon 2466.

Eisenbahnertaschen

in allen Größen zu haben in
Weintraubs
An- u. Verkaufsgeschäft
Kronenstr. 52.

Zahn-Praxis Rudolph Holl Dentist

Spezialist für Kronen- und Brückenarbeiten.
Umarbeitung schlecht sitzender Gebisse von Militärzahnstationen.
KARLSRUHE, Ritterstr. 8, neben Warenhaus Tietz.
Fernruf 2798.
Sprechstunden: 8-12 und 2-6.
Auf Wunsch nach vorheriger Vereinbarung Behandlung auch ausserhalb der üblichen Sprechstunden.

Ich prakticiere hier als
Facharzt für Lungenkrankheiten.
Dr. med. Walter Scholz.
Früher langjähriger Assistenzarzt im Sanatorium Wehrwald und in Davos, während des Krieges Facharzt für Lungenkrankheiten am Beobachtungs lazarett.
Karlsruhe.
Sprechstunden: Westendstr. 54, Tel. 833
Wochentags vormittags 11-12, Nachm. jederzeit nach teleph. Vereinbarung.
Privatwohnung: Wendtstr. 7 part., Tel. 2282.

Städtisches Bierordtbad. Große Schwimmhalle.

Für Damen und Mädchen geöffnet: Werktag vormittags 10 bis 11 Uhr und nachmittags 2 1/2 - 4 1/2 Uhr, sowie freitags von 6 - 7 1/2 Uhr, mit Ausnahme Samstag nachmittags.
Für Herren und Knaben geöffnet: Werktag vormittags 9 bis 10 Uhr und von 11 - 1 Uhr, nachmittags 4 1/2 - 7 1/2 Uhr, freitags nachmittags nur bis 6 Uhr und Samstag von vormittags 11 bis abends 8 1/2 Uhr, auch über die Mittagszeit geöffnet.
An Sonn- und Feiertagen geschlossen.



Gebr. Seegrasmatrage
billig zu verkaufen.
Ruppurrerstr. 23, 3. St. rechts

Taschenuhren,
wenn auch reparaturbedürftig, werden stets angekauft in
Weintraubs
An- u. Verkaufsgeschäft
Kronenstr. 52, Tel. 3747



ODEON MUSIKHAUS
KARLSRUHE

Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstrasse 34, 1. Treppe — Telephon 1846.
Winter-, Rips- u. Seiden-Mäntel
Jackenkleider, Röcke, Blusen,
Seiden- und Voile-Kleider :: ::
Konfirmanden- u. Kinderkleider.
Billige Preise Keine Ladenspesen.

LU LI
Luxeum Lichtspiele
Kaiserstraße 168. Telefon 3985.
Sybil Smolowa
in ihrem neuesten Film
Venus und Ariadne.
Dramatisches Lebensbild in 4 Akten.
Der grüne Vampyr.
11. Abenteuer des berühmten Rat Anheim.
Detektivdrama in 4 Akten.
Rat Anheim: **Heinrich Pear.**
Olga Desmond
in dem einaktigen Tanzfilm.
An der schönen blauen Donau.
Letzte Vorstellung abends von 8-10 Uhr.

Sozialdemokr. Partei Karlsruhe.

Hiermit ergeht Einladung zu der am Mittwoch, den 19. d. M., abends 8 Uhr, im Saal 3 der Brauerei Schreybly, Waldstraße, stattfindenden

Mitgliederversammlung

Tagesordnung:
Vortrag von Gen. Emil Vater-Heidelberg, Mitglied der Bad. Nationalversammlung über
Die Sozialdemokratie und die politischen Umwälzungen.

Wir ersuchen unsere Mitglieder die Versammlung zahlreich zu besuchen. Mitgliedsbuch ist Legitimation.
Der Vorstand.

Fußballklub „Südsterne 06“

Verein für Rasenspiele.
Der Vortragsabend

„Die Leichtathletik, ihre Bedeutung zur Volkserziehung“

findet nicht wie angefaht am 19. ds. Mts., sondern am
Mittwoch, den 26. Februar, abends 1/8 Uhr,
im „Restaurant Grünwald“, Ede-Kreuz- u. Ruppurrerstraße, statt

Internat. Artisten-Verband (S. w. J.)

Gegründet 1891 Ortsgruppe Karlsruhe

Sonntag, 23. Februar, vormittags 10 Uhr
im Saale der Alten Brauerei Kammerer
Waldhornstrasse

Grosse öffentliche Versammlung.

Tagesordnung:
Wie stellen wir uns zu den Beschränkungen der Lustbarkeit?

Alle Interessenten, wie Artisten, Schauspieler, Musiker, Saalbesitzer, Cafésiers, Gastwirte, Kinobesitzer sowie deren Angestellte, Kellner etc., ferner alle Mitglieder von Unterhaltungs- und Vergnügungsvereinen, kurz Alle, welche sich geschädigt glauben, sind dringend eingeladen.

Es ist Pflicht jedes Interessenten zu erscheinen.
Der Vorstand.

Kriegsleistung.

Der Stadtrat hat nach Anhörung der Kriegsleistungskommission die Erhöhung des Preises der Kriegsleistungen um 5 % für das Liter Essen bei Abgabe auf Karren und um 10 % für das Liter Essen bei Abgabe auf Karren mit Wirkung vom 26. Februar d. J. ab beschlossen.

Es sind deshalb vom Mittwoch, den 26. Februar ds. Jrs., ab für das Liter Essen zu zahlen:

- auf Tagesmarken 50 %
- auf Wochenmarken bei Entnahme von 1-3 Liter Essen täglich je 45 %
- bei Entnahme von 4 und mehr Liter Essen täglich 40 %

Da auch bei diesem Preise die Selbstkosten der Stadt nicht gedeckt sind, bitten wir die wohlhabenden Teilnehmer, an der Kriegsleistung auch künftig die Zuschlaggebührenscheine zu lösen.

Die Abgabestellen der Kriegsleistung sind:

1. Wirtschaft „Zum Auerhahn“, Schützenstraße 58, im Saal.
 2. Wirtschaft „Zum Bernhardshof“, Durlacher Allee 20, im Nebenzimmer.
 3. Abell-Schule, Markgrafenstraße, in der Turnhalle.
 4. Tulla-Schule, Tullastraße, Zimmer im 2. Stock.
 5. Wirtschaft „Zum Heinrich“, Kurdenstraße, im Saal.
 6. Wirtschaft „Gambriusstraße“, Erbprinzenstraße 20, im Nebenzimmer.
 7. Leopold-Schule, Leopoldstraße, Turnhalle im 2. Stock.
 8. Wirtschaft „Württembergischer Hof“, Ede-Kreuz- und Goethestraße, im Saal.
 9. Wirtschaft „Zu den 3 Linden“, Mühlburg, Rheinstraße, in der Niederablage vor dem Saale.
 10. Mühlburger Schule, Dardstraße, in der Turnhalle.
- Städt. Kriegsleistungsamts.
Jacobi.

200 Mk. Belohnung

demjenigen, der eine in Karlsruhe, Freiburg oder Offenburg verlorene gelbe Lederhandtasche wiederbringt. Der Finder darf die Handtasche behalten gegen Abgabe des in 10 architektonischen Skizzenbüchern bestehenden Inhalts.
Abzugeben Karlsruhe Amalienstraße 69 oder Freiburg Kaiserstraße 162.

Haus- und Straßenschuhe

werden angefertigt, dazwischen werden auch noch Kunden zum Sohlen u. Fäden angenommen.
Marienstr. 28, III. St. 922

Schenne

zu mieten gesucht.
Kronenstr. 30.

